

Millionenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Millionenkampf“ erscheint jeden Samstag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Befreiungsgeld. Verlag: Arbeiter-Verlag Halle-Merseburg, Postfach 14, Halle, Urdenkstraße 14. Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der höchstwertigen Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Bezugspreis: 10 Pf. für den vom 1. Okt. ab; 1 Mt. im Voraus. Postamt: Arbeitsamt des Reiches Halle, Komm.- und Bracht-Rat Halle. Verantwortl.: Heinz 104 71 Halle-Merseburger Zeitungsges. Bracht und Verlag Halle-Merseburger Zeitungsges. Halle, Urdenkstr. 14

Einzelpreis 10 Pfennig

Halle, Sonnabend, den 21. Januar 1933

13. Jahrgang, Nr. 18

Alarm! Antifaschistische Aktion heraus!

Millionen stürmen gegen die Hitler-Provokation — Gegen die Schleicher-Bracht-Diktatur — Heraus zu Massendemonstrationen!

Rüstet zu Protest- und Massenkämpfen!

Am morgigen Sonntag, dem 22. Januar 1933, plant die Hitler-Regierung unter dem Kommando nationalsozialistischer Schleicher- und Bracht-Tolerierer eine unerhörte, beispiellose Provokation gegen das gesamte deutsche Proletariat. Schon seit Wochen droht der Thyssen- und Papen-Raucht Adolff Hitler in Deutschland eine Welle blutiger Mordtaten und diebstahl-ähnlicher Überfälle auf das Proletariat! Tugend er Schlagener und Verleugert Antifaschisten allein in den letzten Tagen sind die Hauptziele des nationalsozialistischen Terrors!

Wir rufen die Antifaschisten Deutschlands auf zu höchstem Alarm! Am Sonntag unter dem Schutz der Schleicher- und Bracht vor dem Senat des Reichspräsidenten der kommunistischen Partei Deutschlands, der einzigen Arbeiterpartei Deutschlands, gegen und im Auftrag der Thyssen und Papen, der Großbanken und Kräfte keine Schwäche gegen die kommunistische Partei und gegen die Antifaschisten des roten Berlins auszusprechen.

Betriebe und Stempelstellen, schlagt Alarm! Proletarierviertel, schlagt Alarm!

Das ganze antifaschistische Deutschland, an der Spitze das rote Berlin, verteidigt seine Interessen! Verteidigt sein Leben! Verteidigt seine Partei! Verteidigt sein bolschewistisches Zentralkomitee vor dem provokatorischen Attentat der Soldknechte des Finanzkapitals!

Der kommende Sonntag ist von unerhörter Tragweite für alle deutschen Werktätigen.

Die Terroraktionen und die sich mehrenden Überfälle sollen als Staatsstreich-Aktionen der Konterrevolution vorbereitet.

Werktätige Deutschlands! Arbeiter in den Werkstätten, in den Schächten, in den Rüstungs- und Verarbeitungsbetrieben! Steht bereit!

Schlagt eure Massenkraft im Zeichen der Einheitsfront gegen die faschistischen Terrors, gegen die kapitalistischen Angriffe gegen die sozialreaktionären Maßnahmen der Schleicher-Regierung, der Industriekönige und der Kräfte vor einer militärischen vorwärtsstürmenden Front zusammen!

Da steht der Feind!

Das Schleicher-Bracht-Kabinett bringt keine Arbeitsmöglichkeiten, keine Winterhilfe! Die Regierungs-Diktatoren beschließen die Rezession, Schmalz- und Lebensmittelkürze, eine neue Steuererhöhung! Das Schleicher-Bracht-Kabinett hat das Papen-Programm das keine genannt, und das bedeutet die Entlassung der Arbeiter und Angestellten, Pfändung und Enteignung für die Kleinrentner und den Mittelstand, aber Dürftigkeit, Hunger, Millionen-Subventionen für die Industrie.

Die Bourgeoisie preist durch chauvinistische Hebe, Verleumdung, Reichspropaganda und Aufrüstungspolitik zum imperialistischen Kriege.

Da steht der Feind!

Die Trübsal der „weisen Herren“, die Faschisten, wollen die Arbeiterklasse für die Schleicher-Bracht-Diktatur vereinen. Nach Hitler kann, nach eigenem Ausspruch, keine Arbeit sein. Sie polterieren mit den Großbankiers, dem Herrschaftskapital. Sie sind belächelt von der Großindustrie. Sie wollen die Arbeiterklasse niederzupressen, um dem Untergrund zur Durchführung zu verhelfen. Sie wollen die Arbeiterklasse niederzupressen, um die Tribute zu zahlen, um eine neue Kriegswelle zu entfalten. Mit dem Schwereordner rufen sie ihre Notverordnungsarmee und Finanziers die Arbeiterklasse.

Werkstätige der NSDAP!

Recht mit der braunen Tolerierungsarmee!
Formiert euch in der roten Freiheitsarmee gegen die Finanzkönige!
Für Arbeit und Brot, für den Sozialismus!

Da steht der Feind!

Die sozialdemokratischen Führer fallen den Antifaschisten, die

Unser Ruf: Antifaschistische Aktion heraus!

Klassengenossen in der SPD, im Reichsbanner, im ADGB und in den christlichen Gewerkschaften! Erinnert euch der Papen-Mera, als die faschistische Mordwelle gebrochen wurde, als ihr mit den kommunistischen Arbeitern in Einheitsfront zusammenstandet.

Schmiedet auch dieses Mal über alle Saboteure eurer Führer hinweg die mächtige Waffe der proletarischen Kampfeinheit.

Betriebe, Stempelstellen — kampfbereit!

Der Mutmarsch der Nationalsozialisten in Berlin und in den übrigen deutschen Städten und Dörfern richtet sich gegen euch! Nehmt teil in allen Betrieben und in allen Stempelstellen Stellung!

Faßt Protest-, Kampf- und Streikbeschlüsse! Belehrt euch vor auf den Massenkampf! Kampf den Lohnräubern in den Betrieben, Massenselbstschutz gegen ein faschistisches Terror!

Massenprotest in den Betrieben und Gewerkschaften gegen die Tolerierung der faschistischen Diktatur durch die Leipzig und Co. Führt die Betriebsräte an die Spitze in den Zeichen unserer Offenheit gegen die sozialreaktionären Anschläge der faschistischen Schleicher-Bracht-Diktatur und gegen den blutigen Hitler-Faschismus!

Massenselbstschutz vor die Front!

Jeder Betrieb, jede Stempelstelle, schafft unverzüglich ihre Massenselbstschutzstellen! Jedes Arbeiterviertel gründet Stellen der antifaschistischen Aktion!

sch zur Abwehr der Mordprovokation der Hitler-Garden rufen, feilschen in den Rücken. Wie die Egerstedt und Co. in Aktion die Mordprovokation schlugen, wie die SPD-Führer bei der Erschießung der 17 Arbeiter Arbeiter den Faschisten die Straße freigaben, so werden sich die Arbeiter und die Leute heute gegen den antifaschistischen Massenkampf. Sie erlassen einen Aufruf gegen die „faulen Aktionen der SPD“ und des Einheitsfronts der Antifaschistischen Aktion, wenden sich gegen die sich bildende Einheitsfront der Arbeiter und ermahnen damit direkt zu faschistischen Angriffen auf das Proletariat. Die SPD und ADGB-Führung gibt durch Leipzig und andere Spiegelbilder der Schleicher-Regierung die Treuenversicherung, hält erzieherische Verbindung mit jenem Galgen-Strahler, der nach eigenem Ausspruch „bis an die Kugel im Hintern“ will, der den Ausspruch tat: „Gehnt mir doch!“

In allen Gewerkschaftsvereinigungen und Zusammenkünften der proletarischen Massenorganisationen, in allen Betrieben wählt Einheitsfrontes der Antifaschistischen Aktion!

Unser Kampf gegen die faschistischen Provokationen muß eine gemeinsame Bewegung aller Werktätigen Deutschlands gegen den Faschismus entfalten.

Werkstätige! Schützt euch selbst! Eure Frauen und Kinder vor dem Mordblut und Mordstahl des Faschismus!

Gewinnt die werktätigen Nazihänger zum gemeinsamen Kampf gegen die Front der Schleicher, Bracht, Papen, Thyssen, Goebbels und Hitler.

Unser Ruf für die nächsten Tage und Wochen:

Sturmwoche: des Antifaschismus! Millionenalarm im ganzen Land. Fort mit der Schleicher-Bracht-Diktatur! Nieder mit den braunen Mordprovokationen!

Es lebe der Millionenkampf der antifaschistischen Freiheitsarmee für ein Deutschland der Arbeiter und Bauern, für den Sozialismus. Arbeiter, her zur Antifaschistischen Aktion!

Berlin, den 21. Januar 1933.
Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands

Nazis retten Schleicher!

Frick beantragt Reichstagsvertagung auf unbestimmte Zeit — Reichstagszusammentritt zunächst um eine Woche verschoben — Nazis tolerieren Schleicher-Regierung auf Befehl des Finanzkapitals

Der Reichstagsrat des Reichstags beschloß gestern mit einer Mehrheit von Nationalsozialisten, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei die weitere Vertagung des Reichstagszusammentritts um 8 Tage. Die Nationalsozialisten haben damit eine neue Probe ihrer Tolerierungspolitik abgelegt.

Schon vor Zusammentritt des Reichstagsrates wurde bekannt, daß die Nationalsozialisten beabsichtigen, eine Vertagung des Reichstagszusammentritts zu beantragen. Mit großer Verärgelung erwiderten die Vertreter der nationalsozialistischen Fraktion, weil sie sich offenbar über die Art der Begründung ihres Tolerierungsentschlusses nicht einig konnten. Der nationalsozialistische Fraktionsführer Frick ergriff das Wort. Er brachte unter allgemeinem großen Gelächter stammelnd und frotternd einige laienhaftige Ausreden für die Vertagung des Reichstags herbei. Die Nationalsozialisten beantragten, den Reichstag nicht einzuberufen zum 24. Januar, sondern die Einberufung hinauszuschieben, bis die Regierung imstande sei, den Etat vorzulegen; der Reichstagsrat solle dem Reichstagspräsidenten Göring die Ermächtigung geben, den Reichstag zusammenzurufen, wann er wolle.

Für die kommunistische Reichstagsfraktion stellte Genosse Lorange fest, daß dieser Antrag der Nationalsozialisten die Verfolgung des Reichstagszusammentritts auf unabsehbare Zeit

bedeutet, mindestens aber bis April, Mai oder gar Juni, weil nur dieser Zeit die Reichsregierung gar nicht imstande ist, den neuen Etat vorzulegen. Genosse Lorange stellte fest, daß die Tagesordnung der gegenwärtigen Reichstagsitzung lautete: Festschreibung der Tagesordnung für das Reichstagsplenar und beantragte, als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu stellen: sofortige Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen das Kabinett Schleicher.

Das Zentrum, das vorher mit den Nazis gefühllos gehandelt hatte, ließ durch den Abgeordneten Bell die Vertagung des

Der Genfer 40-Stunden-Betrag

Genf, 19. Januar. In Genf sagt noch immer die sogenannte internationale Arbeitseinstellung, die von den reformistischen Gewerkschaftsführern aller Länder den Arbeitern als Patentlösung der Arbeitslosigkeit angepriesen wird. Diese Konferenz hat nun heute vorläufig eine Abtötung über die verschiedenen Reformbestimmungen zur „Einführung der 40-Stunden-Woche“ vorgenommen. Diese Abtötung zeigte mit genügender Deutlichkeit, was man für ein elendes Betrugsmanöver es sich bei dieser internationalen Konferenz der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer handelt. Die reformistischen Gewerkschaftsführer hatten sich dem Plan der Reformen gegenüber, eine Resolution einzufassen für die Wiederherstellung der 40-Stunden-Woche im Falle der Einführung der 40-Stunden-Woche. Sie wollten natürlich, daß die Resolution von vornherein der Ablehnung verfallt, was dann auch bei der Abstimmung geschah. Darauf stimmten die Gewerkschaftsführer für eine Entschuldig der Regierungsvertreter, die in völlig unerbittlicher Form die Kürzung der Arbeitszeit als eines der geeigneten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bezeichnet. Diese Entschuldig wurde angenommen. Die Durchführung dieser 40-Stunden-Woche ist, geht schon daraus hervor, daß zum Beispiel die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Annahme dieser Entschuldig mit den Worten bezeichnet: „Vediglich eine grundsätzliche Geste.“

Es ist durchaus begreiflich, daß dieser plumpe Genfer Betrug von den Reformisten triumphal begrüßt wird, um Illusionen in den Köpfen der Arbeiterheit zu wachrufen. So erklärte zum Beispiel der deutsche Gewerkschaftsleiter auf dem Kongress, die gesamte Arbeiterschaft bilde voll Hoffnung auf Genf. Er selbst und die reformistischen Gewerkschaftsleiter erklären sich. Die Arbeiterheit hat den Genfer Betrug durchgehenden gelernt, sie sieht nach hoffnungsvoll auf ihre eigene Kraft, auf die Kraft ihrer Einheitsfrontaktion im Kampf und auf den Stempelstellen, die offen imstande ist, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit voll dem Lohnausgleich zu erkämpfen.

Eine Provokation?

Sturm auf U.S.V.-Vertrieb in Yokohama

Yokohama, 18. Januar. In Yokohama ereignete sich ein Vorfall, der bei der Jagdpolitik der japanisch-amerikanischen Beziehungen außerordentlich gefährlich ist und wahrscheinlich eine imperialistische Provokation sein dürfte. Am Mittwoch nämlich wurden die Mitarbeiter der amerikanischen Singer-Nähmaschinenfabrik in Yokohama von einer großen Menschenmenge angegriffen und teilweise verletzt. 40 Personen wurden verletzt. Verschieden bemerkt sich die japanische Polizei entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten außerordentlich zurückhaltend.

Von japanischer Seite wird nun behauptet, es handele sich um eine Solidaritätsaktion für streikende Angestellte dieser Firma. Wie dem auch immer sein möge, seit Recht besteht, daß der Vorfall nicht schon zu Protestschritten der amerikanischen Regierung in Yokohama führt hat, was der amerikanische Botschafter im Außenministerium erklärt hat, der amerikanische Botschafter verlangt „strenge Bestrafung der Schuldigen“. Die japanische Regierung beginnt in dieser Angelegenheit eine unerhörte Kommissarische zu entfalten und will den ganzen Vorfall zum Anlaß nehmen, um die Verfolgung gegen die revolutionäre Arbeiterheit und die Gewerkschaften zu verstärken. In Yokohama wurden mehrere Funktionäre der revolutionären Arbeiterbewegung verhaftet.

Verkehrsstreik in London

London, 19. Januar. In London ist ein Teilstreik der Omnibusangestellten ausgebrochen. Dem Streik sind jetzt 1300 Mann angehängt haben. Über 250 Omnibusse sind außer Betrieb, neun Linien werden nur langsam betrieben. Die Ursache des Streikes ist die seit einiger Zeit vorgeschriebene Besetzung der Fahrpläne auf den Linien.

Zwischen Tanks und Stacheldraht

WALLY HARZHEIM

ERZÄHLUNG AUS DEN TAGEN DER RUHRBESETZUNG

Fortsetzung

„Gefahr kam früh in die Küche herein. Niemand hatte er bemerkt. Nun sitzt er da, nippt mit dem Finger in das Wasser, das auf dem Waschtisch steht und malt Ringe.“

„Du sehest mich den Früh, dem hat die Haus die ganze Leber abgerieben!“ fucherte Hallig.

„Ich du, der hat Kagenammer, der hat gestern abend zwei Bier gelassen“, behauptet Franz.

„Macht doch nicht so dicke Wähe, es ist schlimm genug, was du machst hier“, maullt Fritz.

„Wann? Was soll da passiert sein? Ist doch alles in Ordnung.“

„Du schlag doch einer lang hin. Ihr wisst nichts von gestern Abend? Wäre ihr nicht, daß Anton im Krankenhaus liegt?“

„Ist recht auf und schaut sie fragend an. Die Gesichter der Jungen zeigen, was ist passiert?“

„Du halbe Stunde haben wir uns den Trübel angesehen, dann sind wir über die Wirtschaft rausgegangen. Und ihr wisst nichts, was müssen über die Brücke, wenn wir nach Hause gehen.“

„Schonend gingen wir auf die Brücke zu. „Heißt“ schreit da der alte Mann. Hände hoch! Das Bajonett haben sie uns unteres Kinn gehalten. Alle unsere Taschen untersucht. Tabakstücken haben sie gefunden, sonst nicht. Anton wollte mit den Soldaten sprechen, haben sie ihm in die Rippen gebogt und uns weitergeschickt.“

„Ja, haben wir uns gedacht, dafür müssen sie die Brücke besetzen. Es sind doch schon so paar Faschisten gefangen worden, daß die Brücke sprengen wollten. Aber wir beiden waren doch von den verrückten Sorte, das hätten die Soldaten wissen lassen und nicht diesen Spaß mit uns machen lassen. Wir waren dann über die Brücke, da brüllten sie uns nach: „Scheiß auf euch“, haben sie uns zu, haben uns mit dem Gewehrlofen des Bajonetts gefangen, vom Gehweg runter auf die andere

Verstärkte Rivalität USA - Japan

Der amerikanische Imperialismus versucht aus seiner Isolierung gegenüber Japan herauszukommen — Betrugsmanöver des „Vorwärts“ zur Verschleierung der Rolle des Völkerbundes

In Genf sowohl wie in den Hauptstädten Frankreichs und Englands entlassen die Vertreter der amerikanischen Regierung eine gesteigerte Tätigkeit, um eine Währungsangereicherung zum Gunsten des japanischen Kavalen zu erreichen. Der neugewählte amerikanische Präsident Roosevelt hat jetzt eine ausführliche Erklärung abgegeben — am in dieser Frage seine übliche Ueber-einstimmung mit den Erklärungen Hoover's zu demonstrieren —, daß „die Außenpolitik der Vereinigten Staaten für die Aufrechterhaltung der internationalen Beträge, insbesondere des Washingtoner Neumächteabkommens über den Stillen Ozean, eintraten müßte“. Diese Beträge seien das einzige Fundament, auf dem alle Beziehungen zwischen den Staaten aufgebaut seien. Diese Erklärung richtet sich offen gegen die Zerlegung des Neumächteabkommens durch den japanischen Eroberungsfeldzug in China.

Der japanische Imperialismus fürcht offenbar, daß es seinem amerikanischen Konkurrenten nicht gelänge, durch die Macht seiner Schwärzemaschine und seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung eine betragsmäßige Währungsangereicherung zu erzielen, daß Frankreich und England auf die Seite Amerikas überzutreten könnte. Aus diesem Grunde droht der japanische Botschafter in Genf, Masuoka, erneut, daß Japan den Völkerbund verlassen würde, wenn er sich nicht zeitlos auf seine Seite stelle.

Eine entsprechende japanische Note soll dem Neuzweckauswah des Völkerbundes vorliegen, wird jedoch streng geheim gehalten. Der japanische Resolutionsentwurf des Neuzweckauswahs, von dem wir bereits berichteten, ist außerordentlich auf amerikanischem Druck hin, vorläufig wieder zurückgezogen worden. Die imperialistischen Auseinandersetzungen hinter den Kulissen bergen die höchsten Gefahren in sich, da jeder Tag den offenen Zusammenstoß der großen imperialistischen Mächte bringen kann.

Ungeheuerliches an Verschleierung dieses imperialistischen Ringens leistet sich wieder einmal der „Vorwärts“, der als Grund für das „Berlagen“ des Völkerbundes die — man höre und staune! — „persönlich schiedlichen Ansichten“ des bisherigen Generalsekretärs Drummond angibt. Man muß verstehen, warum der „Vorwärts“ auf diesen neuesten Dreck verfiel. In nächster Zeit wird nämlich an Stelle von Drummond der französische Aeno treten, und dann — mit der Beteiligung des bösen Drummond nämlich — ist, so will uns der „Vorwärts“ weismachen, das Dindernis aus dem Wege geräumt, um den Völkerbund zu einer „Friedensorganisation“ zu machen. Mit solchen Methoden will man verbergen, daß der Völkerbund das Instrument der großen imperialistischen Mächte ist, und daß auf dem Genfer Parkett der neue imperialistische Weltkrieg vorbereitet wird.

Nur die Sowjetrevolution befreit China

Kuomintang paktiert mit Imperialisten — Statt Abwehr gegen Japan Generaloffensive gegen Sowjetprovinzen — Erfolgreicher Vormarsch der roten Truppen

Schanghai, 20. Januar. Die Konzentrierung japanischer Truppen im Gebiet von Schanghai dauert fort. Japanische Flugzeuge bombardieren täglich zahlreiche Orte im Norden der Provinz Jehol. Der Reichsminister der Wehrkraft behauptet, daß man in Jehol von der Unmöglichkeit eines weiteren japanischen Offensives überzeugt ist. Er schreibt weiterhin: „Im Volksmund bestränkt man sich jedoch nicht auf eine Vorausage der Ereignisse im Norden. Ueberall spricht man von der Möglichkeit der Ausweitung der Kämpfe auch auf Süchina. Manche meinen zu der Auffassung, die japanische Armee werde auf breiter Linie vorziehen, um die endgültige Unterwerfung Chinas zu erzwingen.“

Wie alle früheren Offensiven gegen die chinesische Rote Armee, sehen Mittelungen zufolge gelang es der chinesischen Rote Armee nicht, um die Offensiven der Regierungstruppen aufzuhalten, sondern den Kämpfern auch schwere Verluste zuzufügen. Eine Division und eine Brigade der Regierungstruppen haben sich in mehreren Schlachten, die Ueberreste ziehen sich in raschem Tempo in Richtung auf Nanhsing zurück. Die roten Truppen haben die Stadt Tschin in der Provinz Kiangsi besetzt, wo sie zahlreiche Waffen erbeuteten. Die Rote Armee marschiert weiter nordwärts vor und nähert sich dem Hauptquartier der kommunistischen Truppen.

Es erweist sich immer mehr, daß die chinesische Bourgeoisie und Kuomintang-Regierung völlig unfähig ist, die rechte Kolonialregierung Chinas durch die Imperialisten aufzuhalten. Zwar werden in den nordchinesischen Provinzen große Truppenkräfte der dort kommandierenden Generale konzentriert, aber gerade jetzt beginnen die Klassenkämpfe unter den chinesischen Militärschriften verärgert an aufzukommen, angehend sich unter Mitwirkung des japanischen Imperialismus. Auch der berühmte General Fengjulang hat seine Truppen aus Kalgan nach dem Gebiet von Beijing-Tientsin transportiert. Die fortzunehmende Kuomintang-Militarität und die hinter ihnen stehenden verschiedene Klauen der chinesischen Bourgeoisie liefern das Volk an die Imperialisten aus.

Der heldenhafte Kampf der japanischen Kommunisten

Tokio, 19. Januar. Trotz der grausamsten Verfolgungswelle kann der japanische Imperialismus immer weniger mit der wachsenden revolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern gegen Krieg und Hunger fertig werden. Es vergeht kein einziger Tag, an dem nicht zahllose kommunistische Arbeiter, Bauern und Intellektuelle von der japanischen Polizei verhaftet werden, aber immer wieder treten neue Kämpfer an die Stelle der Eingekerkerten. Die japanische Polizei verbreitet jetzt eine Mitteilung, daß auf einen einzigen Schlag 2000 Kommunisten verhaftet worden wären. Es wäre zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen großen Polizei- und Detektivabteilungen und kommunistischen Arbeiter gekommen. Die Polizei hätte einen ganzen Arbeiterdistrikt abgepöckelt und alles zerstört, was ihr irgendeine verdächtige erschien. Allein in den letzten zwölf Monaten sollen nach den Angaben der japanischen Polizei 7000 Kommunisten verhaftet worden sein.

Grade in dem Augenblick, wo die provisorische Zentralregierung der chinesischen Sowjetrepubliken und die Befehlshaber der Rote Armee zum nationalrevolutionären Befreiungskrieg gegen den japanischen Imperialismus aufrufen, beginnt die Kuomintang-Regierung eine neue Generaloffensive auf die chinesischen Sowjetprovinzen. Im gleichen Augenblick, wo die japanische Solbatena das Land verläßt, weil die chinesischen Truppenvereinigungen an der Front gegen die Sowjetgebiete, allerdings ebenfalls vergeblich,

Seite, wo ein Kohlenzug stand. Wir mußten auf einen Waggon klettern und Kohlenbrocken herunterklopfen. Dann haben sie uns beim Genid gepakt und auf die Knie gedrückt. Und so mußten wir, immer auf den Knien rutschend, die Kohlenbrocken dahin bringen, wo wir zuerst standen. Wir haben die Kohlenbrocken auch glücklich überbringen können, fragt nicht, wie! Da ist Anton aufgefunden und wollte wieder mit den Soldaten sprechen. Aber die Soldaten haben wieder auf die Kohlenbrocken gezeigt. Wir sollten sie wieder zurückbringen. Und wir konnten doch nicht mehr. Ein Soldat nahm einen Revolver heraus und hat gedroht. Anton wollte wieder was sagen, da hat ihm der Soldat ins Gesicht geschossen. Mensch, hat Anton da gelächelt! Er hat seinen Arm vors Gesicht gehalten und ist weggegangen. Ich hinterher. Das noch recht deutlich hören können, wie die Soldaten gelacht haben. Nachher auf der Wiese lagte sich Anton hin, hars vor Schmerz nicht aushalten können. Heute morgen hat ihn Doktor Scheitmann ins Krankenhaus geschickt. Das Knochen soll zerbrochen sein.“

Fritz setzt sich wieder hin. Die Jungen hören sein schweres Atmen.

„Rein“, Fritz steht auf, „ich hab die Nase voll. Ich gud keinen Soldaten mehr an.“

„Ja“, sagt Hallig, „es gibt Schweine unter den Soldaten, aber nicht alle sind so.“

Emil finkt nachdenklich. „Ich lese ein, nicht alle Soldaten sind so wie unsere. Wir müssen uns verdammt mehr in acht nehmen, damit wir nicht an die falsche Adresse geraten!“

„Dat ist wahr, nicht an die falsche Adresse geraten.“ Hallig denkt an seinen Soldaten. Gestern abend hat alles so schön ausgesehen. Seine Freunde an dem Zusammenreffen schwindet. Er sagt den Jungen seine Bedenken.

„Na ja, man kann nicht wissen. Aber hingehen mußt du!“ drängt Karl. „Warte mal. Wir machen das so, ich geh mit dir. Wir gehen aber nicht zu Badmann. Wir stellen uns hinter die Fingertende und passen auf. Wenn Oberweil alleine rauskommt, dann gehst ihm nach. Ich bleib immer in eurer Reihe.“

„Ja, so wird es am besten sein.“

„Also gehen wir? Fritz und Emil können in der Zeit Anton im Krankenhaus besuchen.“

Esht wie Gold

Hallig und Karl stehen hinter der Fingertende und können vor dort aus den Schulhof übersehen. Hallig hat ritz Oberweil seine bestimmte Zeit ausgemacht. Sie sind darauf gefaßt, einige Stunden warten zu müssen. Sie teilen sich gegenseitig ihre Beobachtung mit:

„Was der Wachtposten für kurze Schritte macht.“

„Da geht's zu wie in einem Taubenschlag. Radfahrer hin — Radfahrer zurück. Schau, wie die Autos in den Torweg reinfahren.“

Auf einem Fahrrad kommt ein Junge angefahren und hält vor der Fingertende. Im langen Müllschirm erkennen Hallig und Karl, daß der Junge ein Franzose ist. Der Junge nimmt aus seiner Oberweite einen Paden Zeitung, stellt sich hinter die Fingertende und liest die Zeitung. „Esche de Paris“ hören sie den Jungen die Zeitung auslesen. Aus jedem Klassenmitglied hören sie sein Atmen.

„Was, Karl, wenn wir auch so reinlegen können. Hier, Kameraden, die Humanität, die Zeitung der kommunistischen Partei!“

„Wenn! Das gib' me anständige Revolution im Bau!“

„Da kommt ein Offiziersauto, Franz. Was meinst, soll ich mal hingehen und fragen, ob wir unsere Zeitungen verkaufen dürfen?“

„Ja, Karl.“

Die Zeit vergeht. Hallig gibt die Fingertendenummer, die vor ihm auf der Erde liegt. Karl hämmert schon eine ganze Weile mit dem Axlod auf die Erde. Plötzlich dreht er sich zu Hallig um. „Du, ich hab' me Idee!“

„Ich auch. Ich hab' Kohlbampf. Ich geh nach Souise und trink Kaffee.“

„Quatsch! Was mal auf, was ich mir so überlegt habe. Konnten wir nicht mal zwischen die Zeitungen da in der Tasche unsere Humanität legen? Es der aus der Schule kommt, ist die Sache gelöst!“

„Aber wir müßen doch hier warten!“

„Das hat Zeit. Tagelang. Ich meine nur, wir können es überlegen, ob wir es riskieren sollen.“

„Ja, warum nicht?“

Schluß folgt

RUND UM DEN ERDBALL

Adolf als Erlöser des amerikanischen Kapitalismus

Die Nazis beklagen das Schicksal der amerikanischen Kapitalisten — Wie sich die Krise in Amerika in den Köpfen der Naziführer widerspiegelt

In einem Artikel „Amerika und der Kommunismus“ hat der „Angriff“ kürzlich erörtert, daß es nimmermehr auch in Amerika eine Krise gibt. Wäre es nicht eine ungeheure Entdeckung, zu einer Zeit, wo die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten 14 Millionen übersteigt. Nun beginnt der „Angriff“ nach der Meinung der Nazis rühre ja die Krise des Kapitalismus in Deutschland nur vom bescheidenen Herabgang der amerikanischen Wirtschaft unter dem Verschleiß des Kapitalismus und nicht vom Verschleiß des Kapitalismus und nicht vom Verschleiß des Kapitalismus und nicht vom Verschleiß des Kapitalismus...



Ein alltägliches Bild aus Amerika

Das noch vor wenigen Jahren reiche Amerika erlebt jetzt während der Wirtschaftskrise immer häufiger ArbeitslosenDemonstrationen. Unsere Aufnahme beschäftigt von einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten vor dem Hause des neugewählten Präsidenten Roosevelt in Newyork.

Was ist also die Frage: Sind denn die Juden und Negere erst in den letzten drei Jahren nach Amerika gewandert? Wo waren die Juden und Negere zur Zeit der Prosperität? Naziführer haben aber die Eigenheit, daß man an ihnen nicht rütteln soll und keine Fragen stellen darf, denn sonst verflüchtigen sie sich wie Rauch.

Schuld an allem sind also die Negere und Juden. Rame es nur auf sie an, dann würde der „Angriff“ eine weitere Amerika zugrunde gehen lassen. Aber in Amerika leben auch 20 Millionen Deutsche, so erzählt der „Angriff“ und außerdem eine große Anzahl „seiner Leute“, um die es den Naziführern sehr schade wäre.

Und der „Angriff“ bemerkt, daß Amerika sich bereits am Rande des Abgrundes befindet. Es drohe Gefahr, daß der ganze amerikanische Kapitalismus untergeht, eine Reute des Bolschewismus wird. Schade um so viele Milliarden Dollars!

Dem Artikelhelfer des „Angriff“ wird es schwarz vor Augen, besonders in Gedanken an den Bolschewismus und an die Negere, und da malt er schwarz: „Rein Menich ist faschistischer und brutaler, als ein Negere, der von einem Juden oder einer Negerin befreit ist. Ohne allem Zweifel lebendigt sich damit Amerika, eines Komplexions mit Polen, besten ein einziges Haarsträubendes Band die nordische Rasse ist (Deutsche, Engländer, Skandinavier), in einer ferner gefährlichen Krise.“

norbischen Amerikaner sitzen gut daran, alle Kräfte anzupumpen, um sich der bolschewistischen Welle zu erwehren.“ Aber der „Angriff“ selber scheint alle Hoffnung verloren zu haben, daß das noch helfen wird: „In Amerika ist der Kampf gegen den Kommunismus besonders schwierig, da hier der Nationalsozialismus noch nicht so stark eingebrungen ist, um als neue Lehre des 20. Jahrhunderts die Kräfte der Völker befehligen zu können.“

Hörst du, Moxel! In Deutschland hat der Roter-Hofsozialismus befallentlich die Krise schon beiläufig und in Amerika mangelt es nur an Nazis, um die Krise zu beiläufigen. Wäre es, da könnte der kleine Menich beim „Angriff“ noch was lernen. Aber die Situation ist ernst. Schon greift der Bolschewismus in Amerika nach der Macht und rühre stille tut. Und amar? „Unsere Wackertregung durch Adolf Hitler wird der Beginn einer neuen Epoche sein — nicht nur für Deutschland.“

Der Kiefernbrand in Rotterdam

Amsterdam, 20. Januar. Bei dem Großfeuer, das in der vergangenen Nacht in der Rotterdam Innenstadt wütete, handelte es sich, wie ergänzend zu berichten ist, um eine Brandstiftung, wie sie Rotterdam seit vielen Jahren nicht mehr erlebt hat. Der Schaden wird auf 1,7 bis 2,5 Millionen Mark geschätzt. Allein der verbrannte Tabakortort soll einen Wert von über eine Million haben. Wöllig nieabgebrannt sind zwei Lagerhäuser. Fünf Gebäude wurden teilweise zerstört, viele andere haben beträchtlichen Schaden erlitten. Die Bekämpfung des Brandes erfolgte mit 46 Schlauchstellungen. Die Abkühlung des am Morgen eingedämmten Feuers nahm noch den größten Teil des Tages in Anspruch.

Ein Schnellzug — Zwei Passagiere!

Wag. 20. Januar. Die Zeltung „Coffe Gloop“ hat festgestellt, daß an einem Tage der letzten Woche der Schnellzug Prag-Berlin mit nur zwei Passagieren lief abgereist ist. Diese Schrämpfung des Eisenbahn- und Fremdenverkehrs ist eine Folge der Wirtschaftskrise.

Der französische Großhändler Cultrix und sein italienischer Bundesgenosse Guallino sind in einem der sogenannten Cultrix-Prozesse am Donnerstag der ersten Kammer des Berufungsgerichtes in der Hoftra-Angelegenheit wegen Verbrechen gegen das Gesetz über die Aktiengesellschaften zu je einem Jahr Gefängnis und zu je 3000 Franken Geldstrafe verurteilt worden.

Sturm über dem Mittelmeer

Vom ganzen Mittelmeer werden heftiger Sturm und schwerer Seegang gemeldet. Der Schiffsverkehr einschließlich der Verbindungen aus Wazotto erleidet daher große Verzögerungen.

Überschwemmung auf Sumatra

Nachrichten aus Niederländisch-Indien zufolge, sind im nördlichen Teil der Insel Sumatra infolge heftiger Regengüsse große Überschwemmungen eingetreten. Sehr viel Vieh ist ertrunken. Bisher sind 12 Personen ums Leben gekommen sind. Die Verkehrsverbindungen sind unterbrochen.

Erdstöße in der Provinz Toskana

In der Provinz Toskana wurde gestern Abend ein Erdbeben verspürt. Das Epizentrum lag wenige Kilometer von Siena entfernt liegen. Ein Teil der Bevölkerung wurde von einer panikartigen Stimmung erfaßt, Schäden ist nicht gemeldet.

Sieben Motorfahrzeuge zusammengestoßen

Amsterdam, 20. Januar. Ein Verkehrsunfall, in den nicht weniger als sieben Motorfahrzeuge verwickelt wurden, ereignete sich am Donnerstag vormittag auf der Straße Kinnegem — Kinnegem. Auf der glatten Straße ließ zunächst ein Autobus mit einem Lastkraftwagen zusammen, wobei letzterer sich überfällig und in einen Kanal stürzte. Auf den auf der Straße stehengebliebenen Autobus fuhr bald darauf ein zweiter Autobus, sowie ein Traktor mit Anhänger auf, wobei letzterer ebenfalls in den Kanal stürzte. Schließlich fuhren noch drei Lastkraftwagen auf die beiden Omnibusse auf, so daß ein wahres Chaos entstand. Sämtliche Wagen wurden mehr oder weniger schwer beschädigt. Der Verkehr wurde längere Zeit stillgelegt. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Aus 70 Meter Höhe in die Maas

Großes Aufsehen erregte in Rotterdam ein 19jähriger junger Mann, F. Blasblom, durch einen Sprung von der Spitze des ungefähr 70 Meter hohen Turmes der über den Königshaven führenden Eisenbahnbrücke. Blasblom wollte feststellen, von welcher Höhe ein in Not befindlicher Mensch springen könne, ohne daß dies ernsthafte Folgen für ihn habe. Zum Schrecken einer großen Menschenmenge kletterte er auf den 70 Meter hohen Turm der Brücke und sprang in voller Bekleidung in die Neue Maas. Während des Sprunges schlug er mehrere prachtvolle Autos. Nach mehreren Sekunden landete der kleine Springer wieder aus den Fluten auf und schwamm mit raschen Stößen auf ein Motorboot zu, das ihn ans Ufer brachte.

Grippewelle über Europa

Göttinger und Braunschweiger Schulen geschlossen — Ueber 100 Todesfälle in England

S. 211, 20. Januar. Entgegen den Versicherungen der Gesundheitsämter nehmen die Grippeepidemien in Europa in den letzten Tagen einen ungewöhnlichen Umfang an. Besonders heftig tritt die Grippe in Göttingen und Braunschweig sowie im Saargebiet auf.

In Göttingen schlossen in den Schulen etwa 53 Prozent der Kinder, so daß man sich zur Schließung sämtlicher Schulen entschloß. In Braunschweig, wo die Volksschulen bereits seit mehreren Tagen geschlossen sind, wurden nunmehr auch die gewerblichen Fortbildungsschulen und die kaufmännischen Berufsschulen bis vorläufig 27. Januar geschlossen.

Aus dem Saargebiet wird gemeldet, daß ganze Familien grippekrank zu Bett liegen. 13 Schulen, in denen von 2700 Kindern über 1000 an Grippe erkrankt waren, mußten geschlossen werden. In einzelnen Betrieben ist ein Drittel der Belegschaft wegen Grippekrankheit nicht zur Arbeit erschienen.

Im roten Blitzlicht

Die „Deutschland“, der neue Panzerkreuzer, hat am 19. Januar seine erste Probefahrt in Hamburg gemacht, die die „Telegraphen-Union“ berichtet, einen „befriedigenden Verlauf“ nahm. Dies wird von allen Zeitungen konstatiert. Aber auch gesagt, daß die Fahrt der Welt höchst ist. Mit seinem Wort erwidert, daß es gerade eine sozialdemokratische Erklärung war, die Regierung Hermann Müller, die den neuen Panzerkreuzer erbauen ließ und so die Grundlage für den weiteren Bau von Panzerkreuzern in Deutschland legte.

Wir gehören nicht zu den Unanbarnen und stellen das fest.

Die belgische Regierung hat beschlossen, schon in allerhöchster Zeit die gesamte Bevölkerung mit Gasmasken auszustatten. In Deutschland Gasübungen, in allen Städten, in Belgien Gasübungen für jeden Bürger. Dies bedeutet, Gott behüte, keine Vorbereitung zum Krieg — offenbar nur Vorbereitungen zu einer Karamellerei; denn wie Sachleute und Wissenschaftler verhalten — gibt es gegen Gas, besonders gegen die neuerfindenden Gasüberhaupt keinen wirksamen Schutz.

Aber alle will noch behaupten, daß Kriegsvorbereitungen getroffen werden? ...

Der Ring der „nationalen Motorfahrt“ hielt am 19. Januar in Hamburg seine Tagung ab. Hier fanden sich in halber Stunde der Deutsche Automobilklub, die Reichsverband der Kraftfahrzeuge, das nationalsozialistische Kraftfahrer-Korps und die Reichs Kraftfahrerklub des Reichswarfs zusammen. Den Vorsitz führte der Herzog von Sachsen-Rohrburg und Gotha.

Man sieht: unter Vorherrschaft eines Herzogs umschließt ein einzelnes Band alle, vom Stahlhelm bis zu den Knieen. Das ist die Fahrt der nationalen Motorfahrt? Nun, das ist bekannt ...

Die Besetzungslage ist für Japan gelöst. Wie man aus der Meldung der Telegraphen-Union ersehen kann, hat Japan nach seiner Dienstwohnung im Reichsinnenministerium um. So hat man wenigstens die trostlose Gemüths, daß Japan vor China losgelöst ist. Neben jeder Pension und dem freien Zugang kann sich alle Japan voll und ganz der Politik der Koalition der Hitler widmen.

Mittels eines Erlasses der kaiserlichen Regierung wurde am 19. Januar die letzten Reste der nationalen Minderheiten in Ostland beseitigt. Alle Schulen der nationalen Minderheiten unter ihnen auch die deutschen Schulen, werden abgebrochen.

In der Sowjetunion ist man daran, auch unter den nationalen Minderheiten den letzten Rest des Kapitalismus zu beseitigen und in diesem Jahre eine ganze Reihe neuer Hochschulen in den Sprachen der nationalen Minderheiten zu schaffen.

Die Leiche des auf Grube Finkenherd verschütteten Hermanns Richard Schulz aus Wietzenau konnte nach vollständiger Arbeit geborgen werden.

Aus wirtschaftlicher Not ist in München eine Frau mit ihren beiden Kindern freiwillig in den Tod gegangen. Sie starb durch Gas vergiftet aufgefunden.

Der englische Flieger Hauptmann Howe, der 11 Uhr mittags mit dem englischen Fliegerlieutenant Hinesley als Begleiter von Lausanne abflieg, um nach dem vermissten Flugzeugwart Hinkel zu suchen, wurde um 16 Uhr zurückgemeldet. War jedoch um 20 Uhr noch nicht zurückgekehrt. Auf einem Flugplatz in den Kantonen Bern und Willis ist Hope nicht zu finden.

Am Donnerstag wurde ein großer Teil der Holzenergiegerät-Plattensfabrik durch Großfeuer zerstört. Das Feuer brach in der Plattenmacherlei aus und griff von dort auf den Trockenturm über. Mit 24 Schlauchstellungen gelang es schließlich zwei Stunden Arbeit, den Brand auf die Betriebsstätten zu beschränken.

In der Nacht waren bei Übungen von belgischen Militärflugzeugen zwei Maschinen infolge starken Nebels zur Notlandung gezwungen worden. Dabei verunglückte ein Flugzeugführer tödlich, ein anderer wurde schwer verletzt.

In einem Bericht von Wismar wurden ein 27 Jahre alter Schüler, seine 25jährige Schwester und deren fünfjähriger Bruder mit Kohlengas vergiftet aufgefunden. Man vermutete zunächst einen Unfalltod, doch ergaben die polizeilichen Feststellungen, daß es sich um einen Doppelmord und Selbstmord handelt.

Gen. 12
Generalität
der Arbeit
neue norm
tationsentw
nehmen. Zu
um was für
nationalen
fragen hand
das Mandat
verheißung
führung der
Kolonien
der 15. J
Bürokraten
mäßig unvor
eines der ge
geschichtl.
sichtig die
spiel die „D
Schließung
g und d
Es ist dar
von den Kol
den Reichen
spiel der be
ferens. Sp
schen sich
schauen ge
eigene K
Ergebnis
und Ver
Kriegung
kämpfen.
Sturm
Tollk
fall, der
schlechte
imperialist
wurden die
fabrik in
teilweise
derweil ver
Geoffenbar
Eine Sol
Wie denn
fall fast
Tollk gef
ministerium
Erregung
Kreuzung
Regierung
munterheit
lah nehmen
beterlichkeit
wurden meh
gung ver
Verkehr
London,
angeleitete
schließen
Dinten wer
ist die seit
geit auf den
Zwischen
ERZÄHLUNG
11 Fort
Leise tan
grüßte. Nun
das auf dem
„Da seht
manche
„Ach, du
Wer gelob
„Macht
da passiert
„Kollekt
„Wieder“
„Da hab
chen? W
Dich frist
fragen, wo
„ne hab
dann find
doch, wir
Stichtaus
Wolten, G
gefallen,
gefunden,
Wie so, hab
Wagen, S
die die
nicht von
kann man
beinah
bleiben
über das

Berlin Bülowoplak

Die Schleicher-Bradt-Diktatur hat durch ihr Restler-Vollzugsprogramm den Hitler-Aufmarsch Front gegen Karl-Liebknecht genehmigt. Die Schleicher-Bradt-Diktatur hat zugleich durch ihr Vollzugsprogramm die antifaschistische Demonstration verboten. Das aufstrebende faschistische Proletariat gilt nicht nur dem zarten Schutze der Arbeiterfront im ganzen Reich, Arbeiter ganz Deutschlands, auf den Plan!

Mit einem 20 und starken Korde bis auf die Zähne bewaffneter Volkspolizei will das faschistische Regime Schleichers und Bradts den Aufmarsch der Hitler-Banden auf dem Bülowoplak verhindern. Das ist nicht nur angebracht.

Die Wirtschaftskrise des bantrotten Kapitalismus in Deutschland hat sich weiter verschärft. Zug und Trug sind die „optimistischen“ Ausricherungen der bürgerlichen Wirtschaftler und Politiker vor einer „beginnenden Belebung“. Das Gegenteil ist wahr. Der Wirtschaftenabfall ist geklungen und die Rohwarenproduktion im Dezember um rund 2 Prozent zurückgegangen. In der Elektro-, Textil- und Holzindustrie geht es abwärts. Das Baugewerbe liegt ganz ruhe. Erst muß sogar die Berliner Industrie- und Handelskammer verlegen einen Rückschlag für alle Produktionszweige feststellen. Die Agrarwirtschaft vertieft sich und die Finanzlage des kapitalistischen Deutschlands wird immer katastrophaler.

Die letzte Weisung der deutschen Kapitalisten angeht die Entlassung der verhafteten Diferenzen gegen die Arbeiterfront auf der ganzen Linie. Schon haben in allen Ecken und Enden des Reiches Lohnabbauvorläufe eingeleitet und im Siegerlande wollen eben die Unternehmer sehtausend Arbeiter eine Entlassung aufzwingen. Die Abschaffung der Arbeitsvericherung, weiterer Lohnabbau wird, wie Schleichers Reichsministerpräsident in der Rede im Reichstagen am 17. Januar des Reichstages angekündigt, vorbereitet. Parallel dazu hat die Justiz mit einer neuen Serie von Justizurteilen begonnen und die Verhaftungen und Verbote häufen sich. Der deutliche Imperialismus hat eine unermüdete Kampagne eröffnet und im Reichswehrministerium werden Entwürfe für eine imperialistische Militär ausgearbeitet.

Die Schleicher-Bradt-Regierung führt die sozialfaschistische Politik durch, betreibt die Entlassung der faschistischen Diktatur und orientiert sich immer mehr auf den imperialistischen „Ausweg“. Sie verläßt durch eine faschistische Konzentration von Hitler über Gumbert und Raas bis Weipart, Breitheid, die Diferenzen im bürgerlichen Lager zu überbrücken, durch „lokale“ Scheinmänner des faschistischen Regime zu trennen und in den Massen zu unterwerfen.

Die Schleicher und Bradt wollen die Hitler-Partei zur Regierung heranziehen und einordnen. Hitler ist ja Lieferant von Menschenmaterial für den Streitbruch, für die Wiederherstellung der revolutionären Arbeiterfront, für die Zweite des deutschen Imperialismus.

Am 17. Juli 1932 das Abkommen Schleichers mit Hitler. Deshalb auf Veranlassung Schleichers die Aufhebung des Uniformverbots für die SA. Deshalb die wiederholten Konferenzen zwischen Hitler und Schleicher, begleitet von den entsprechenden Ministern. Deshalb jetzt die Genehmigung für die Hitler und Goebbels-Truppe am Sonntag „Front gegen Karl-Liebknecht“ zu konzentrieren zu lassen.

Die SA wird vom Großkapital finanziert, sie ist ein Organ der Herren von Schlot und Helm, und Hitlers Entscheidungen fallen in bei Koller Bankiers-Büro der Baron von Schröder und Salomon & Co., bei den Dinners mit dem Oberbürgermeister Hoffen und den Schläfern der Dunter von Henckels. Zwischen Hitler und Schleicher bestehen auch Differenzen, obwohl sie beide für das kapitalistische System sind. Hitler hat mehr kapitalistische Gruppen, und mit den anderen kapitalistischen Gruppen um den Profitortel und Einfluss im Staate streiten. Hitler sieht das Schleicher-Regime im Interesse des Gesamtkapitals, aber er will den Kleinrentieren und die anderen Ministerpartei für sich und seine Kampagne um mehr er hofft, dann die rebellierten Wirtschaftler und Arbeiter vorübergehend leichter durch Gewalt und Robet halten können.

Die Hitler-Partei hat vom ersten Tage an die Schleicher-Regierung toleriert. Am Reichstag, in den Reichstagsauschüssen und außerhalb des Parlamentes hat sie immer wieder die Schleicher-Regierung geschmäht, natürlich maskiert mit den üblichen Scheinopinionen und Urteilen.

Jetzt ist die Hitler-Partei in einer schmerzlichen Situation. Die Kommunisten haben neben den außerparlamentarischen Kampfe gegen die Schleicher-Regierung jetzt auch im Reichstagen ein Misstrauensantrag gegen das Schleicher-Kabinet gestellt. Die Nazis müssen Farbe bekennen. Schleicher ist nun gegen das Misstrauensvotum ernt versuchen die Reichstagsberatung auszuweichen, ihr Bedeutung das Schleicher-Regime die „Lagerung“ der Nazis für Schleicher und die deutschen Arbeiter-Verbindungen erkennen - daß der antifaschistischen „Kommunisten der KPD - daß die „Opposition“ der KPD ein ganz gemeiner Schwindel ist und rebellieren und verlassen in noch größerer Zahl die KPD. Stimmen aber die Nazis aus Demagogie im Reichstag „gegen Schleicher“, dann muß das Schleicher-Regime die Reichstags anfragen, bei den Reichstagen sind die Grundzüge des Misstrauensantrages, daß die KPD durch die Verluste der KPD gewinn und ihre Auswirkung wäre, daß die Nazi-Anhänger in noch größerer Zahl Hitler den Rücken kehren. Die Hitler & Co. wollen das und versuchen sich nun aus der Klemme zu helfen vor allem durch einen gezielten Widerstand und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront.

Die Hitler-Partei hat vom ersten Tage an die Schleicher-Regierung toleriert. Am Reichstag, in den Reichstagsauschüssen und außerhalb des Parlamentes hat sie immer wieder die Schleicher-Regierung geschmäht, natürlich maskiert mit den üblichen Scheinopinionen und Urteilen.

Jetzt ist die Hitler-Partei in einer schmerzlichen Situation. Die Kommunisten haben neben den außerparlamentarischen Kampfe gegen die Schleicher-Regierung jetzt auch im Reichstagen ein Misstrauensantrag gegen das Schleicher-Kabinet gestellt. Die Nazis müssen Farbe bekennen. Schleicher ist nun gegen das Misstrauensvotum ernt versuchen die Reichstagsberatung auszuweichen, ihr Bedeutung das Schleicher-Regime die „Lagerung“ der Nazis für Schleicher und die deutschen Arbeiter-Verbindungen erkennen - daß der antifaschistischen „Kommunisten der KPD - daß die „Opposition“ der KPD ein ganz gemeiner Schwindel ist und rebellieren und verlassen in noch größerer Zahl die KPD. Stimmen aber die Nazis aus Demagogie im Reichstag „gegen Schleicher“, dann muß das Schleicher-Regime die Reichstags anfragen, bei den Reichstagen sind die Grundzüge des Misstrauensantrages, daß die KPD durch die Verluste der KPD gewinn und ihre Auswirkung wäre, daß die Nazi-Anhänger in noch größerer Zahl Hitler den Rücken kehren. Die Hitler & Co. wollen das und versuchen sich nun aus der Klemme zu helfen vor allem durch einen gezielten Widerstand und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront.

Die Hitler-Partei hat vom ersten Tage an die Schleicher-Regierung toleriert. Am Reichstag, in den Reichstagsauschüssen und außerhalb des Parlamentes hat sie immer wieder die Schleicher-Regierung geschmäht, natürlich maskiert mit den üblichen Scheinopinionen und Urteilen.

Jetzt ist die Hitler-Partei in einer schmerzlichen Situation. Die Kommunisten haben neben den außerparlamentarischen Kampfe gegen die Schleicher-Regierung jetzt auch im Reichstagen ein Misstrauensantrag gegen das Schleicher-Kabinet gestellt. Die Nazis müssen Farbe bekennen. Schleicher ist nun gegen das Misstrauensvotum ernt versuchen die Reichstagsberatung auszuweichen, ihr Bedeutung das Schleicher-Regime die „Lagerung“ der Nazis für Schleicher und die deutschen Arbeiter-Verbindungen erkennen - daß der antifaschistischen „Kommunisten der KPD - daß die „Opposition“ der KPD ein ganz gemeiner Schwindel ist und rebellieren und verlassen in noch größerer Zahl die KPD. Stimmen aber die Nazis aus Demagogie im Reichstag „gegen Schleicher“, dann muß das Schleicher-Regime die Reichstags anfragen, bei den Reichstagen sind die Grundzüge des Misstrauensantrages, daß die KPD durch die Verluste der KPD gewinn und ihre Auswirkung wäre, daß die Nazi-Anhänger in noch größerer Zahl Hitler den Rücken kehren. Die Hitler & Co. wollen das und versuchen sich nun aus der Klemme zu helfen vor allem durch einen gezielten Widerstand und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront.

Die Hitler-Partei hat vom ersten Tage an die Schleicher-Regierung toleriert. Am Reichstag, in den Reichstagsauschüssen und außerhalb des Parlamentes hat sie immer wieder die Schleicher-Regierung geschmäht, natürlich maskiert mit den üblichen Scheinopinionen und Urteilen.

Jetzt ist die Hitler-Partei in einer schmerzlichen Situation. Die Kommunisten haben neben den außerparlamentarischen Kampfe gegen die Schleicher-Regierung jetzt auch im Reichstagen ein Misstrauensantrag gegen das Schleicher-Kabinet gestellt. Die Nazis müssen Farbe bekennen. Schleicher ist nun gegen das Misstrauensvotum ernt versuchen die Reichstagsberatung auszuweichen, ihr Bedeutung das Schleicher-Regime die „Lagerung“ der Nazis für Schleicher und die deutschen Arbeiter-Verbindungen erkennen - daß der antifaschistischen „Kommunisten der KPD - daß die „Opposition“ der KPD ein ganz gemeiner Schwindel ist und rebellieren und verlassen in noch größerer Zahl die KPD. Stimmen aber die Nazis aus Demagogie im Reichstag „gegen Schleicher“, dann muß das Schleicher-Regime die Reichstags anfragen, bei den Reichstagen sind die Grundzüge des Misstrauensantrages, daß die KPD durch die Verluste der KPD gewinn und ihre Auswirkung wäre, daß die Nazi-Anhänger in noch größerer Zahl Hitler den Rücken kehren. Die Hitler & Co. wollen das und versuchen sich nun aus der Klemme zu helfen vor allem durch einen gezielten Widerstand und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront.

Die Hitler-Partei hat vom ersten Tage an die Schleicher-Regierung toleriert. Am Reichstag, in den Reichstagsauschüssen und außerhalb des Parlamentes hat sie immer wieder die Schleicher-Regierung geschmäht, natürlich maskiert mit den üblichen Scheinopinionen und Urteilen.

Jetzt ist die Hitler-Partei in einer schmerzlichen Situation. Die Kommunisten haben neben den außerparlamentarischen Kampfe gegen die Schleicher-Regierung jetzt auch im Reichstagen ein Misstrauensantrag gegen das Schleicher-Kabinet gestellt. Die Nazis müssen Farbe bekennen. Schleicher ist nun gegen das Misstrauensvotum ernt versuchen die Reichstagsberatung auszuweichen, ihr Bedeutung das Schleicher-Regime die „Lagerung“ der Nazis für Schleicher und die deutschen Arbeiter-Verbindungen erkennen - daß der antifaschistischen „Kommunisten der KPD - daß die „Opposition“ der KPD ein ganz gemeiner Schwindel ist und rebellieren und verlassen in noch größerer Zahl die KPD. Stimmen aber die Nazis aus Demagogie im Reichstag „gegen Schleicher“, dann muß das Schleicher-Regime die Reichstags anfragen, bei den Reichstagen sind die Grundzüge des Misstrauensantrages, daß die KPD durch die Verluste der KPD gewinn und ihre Auswirkung wäre, daß die Nazi-Anhänger in noch größerer Zahl Hitler den Rücken kehren. Die Hitler & Co. wollen das und versuchen sich nun aus der Klemme zu helfen vor allem durch einen gezielten Widerstand und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront und durch den Reichstags anfragen gegen die Arbeiterfront.



Lenin

gestorben am 21. Januar 1924 in Gorki

Am 21. Januar 1924 starb Wladimir Iljitsch Lenin in Gorki bei Moskau an den Folgen eines Attentats, das die Sozialrevolutionärin Dora Kaplan auf ihn verübt hatte. Er war der Größe der Erde selbst Marx, der geniale Führer des Weltproletariats, dessen Werk, fortgeführt von der bolschewistischen Partei der Sowjetunion unter der Leitung des Genossen Stalin, den Triumph des Sieges und der Macht der Arbeiterklasse verkörpert und den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt sichert.

Statt eines Gedenkartikels veröffentlichen wir die nachstehenden Bemerkungen Lenins, die er in der Schweiz im Anfang des Jahres 1917 für die Schweizer Arbeiter schrieb und die heute aktueller denn je an die Adresse der Sozialdemokratie gerichtet sind.

„Was ist das Ziel der revolutionären Massenkämpfe? ... Es wird entweder als selbstverständlich betrachtet, oder ausdrücklich anerkannt, daß dieses Ziel „Sozialismus“ ist. Man stellt dem Kapitalismus (oder dem Imperialismus) den Sozialismus entgegen.“

Es ist aber in höchstem Maße (theoretisch) unlogisch und praktisch nichtssagend. Unlogisch, weil es zu allgemein, zu verschwommen ist. Den „Sozialismus“ im allgemeinen, als Ziel gegenüber dem Kapitalismus (oder dem Imperialismus), erkennen nicht nur die Kautskyaner und die Sozialchauvinisten, sondern auch manche bürgerliche Sozialpolitiker. Es handelt sich aber jetzt nicht um allgemeine Gegenüberstellung zweier sozialer Systeme, sondern um konkrete Ziele konkreter „revolutionärer Massenkämpfe“ gegen das konkrete (gegenständlich greifbare, d. Red.) Uebel, nämlich die heutige Vorkriegs- und die heutige Kriegsfahrer oder den jetzigen Krieg.

Den Sozialismus im allgemeinen hat die ganze II. Internationale 1871 bis 1914 dem Kapitalismus entgegengestellt und sie hat eben an dieser zu allgemeinen „Verallgemeinerung“ Bankrott erlitten. Sie hat eben das spezifische Uebel ihrer Epoche außer acht gelassen, das Engels schon vor fast 30 Jahren, am 10. Januar 1887 mit folgenden Worten gekennzeichnet hat:

„In der Sozialdemokratischen Partei selbst, bis in die Reichsfraktion hinein, findet ein gewisser kleinbürgerlicher Sozialismus seine Vertretung. Und zwar in der Weise, daß man die Grundanschauungen des modernen Sozialismus, und die Forderung der Verwindung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum als berechtigt anerkennt, aber ihre Verwirklichung nur in entfernter, praktisch unabhäufiger Zeit für möglich erklärt. Damit ist man ganz für die Gegenwart auf bloßes soziales Flickwerk angewiesen.“ („Zur Wohnungsfrage“, Vorwort.)

Als konkretes Ziel der „revolutionären Massenkämpfe“ kann nicht der „Sozialismus“ im allgemeinen, sondern nur die konkreten Maßnahmen einer sozialistischen Revolution aufgestellt werden.“

Mit der „Dsthilfe“ an die Riviera

fahren die Herren Junker - Milliarden für „Hermine“ - Aber Abbau für die Hungernden

Kriegenschiebungen der Junker

Berlin, 20. Januar.
Am gestrigen Haushaltsausfluß des Reichstages kam es zu schmerzlichen Auseinandersetzungen, die fernsehend sind für die Differenzen und Schmierereien, die im Lager der Bourgeoisie laub herrschen. Bei dieser Gelegenheit traten Vertreter des industriellen Flügels gegen die Männer der Junker und Großgrundbesitzer auf. Dabei brachten sie Zahlen über die „Dsthilfe“ aus Tageslicht, die all die Schiebungen und Korruptionsercheinungen, auf die die Kommunistische Partei und ihre Presse längst hingewiesen hatte, politisch aufklärten. Der Rentiersabgeordnete E. J. a. m. wurde dabei festgestellt, daß „bei der Verteilung der Dsthilfe schwere Mißbräuche junger der Großgrundbesitzer vorgekommen sind“. Dem Herrn von C. b. u. g. z. a. n. u. a. wurden vier Großgüter in der Höhe von 10 Millionen eingestiftet, die zwischen einer halben und drei-

viertel Million liegen. Dabei hat er die Güter erst in den letzten Jahren gekauft, um eben die Dsthilfe zu bekommen. Die vom Reich gegebenen Gelder wurden von einigen Großgrundbesitzern dazu verwendet, um Luxusautos und Rennpferde zu kaufen und Reisen an die Riviera zu machen. 3,7 Milliarden Mark wurden auf diese Weise im Jahre 1932 unter dem Titel „Hilfe für die Landwirtschaft“ hinausgeworfen.

Die Kleinbauern haben keinen Pfennig von diesen Milliarden gesehen, während die Junker und Großgrundbesitzer, denen durch den „Zollabbau“, durch die Brotterleichterung und den Zinsrückgang, durch die Steuerermäßigung um hundert Millionen zugestanden wurden, sich auch mit diesen Milliarden ein Leben in Genuß und Luxus leisten. Sogar Frau Hermine von Helldorf, die Frau des dazugelassenen Kaisers, hat größere Summen aus diesen Geldern erhalten.

Die Unterfällungen jollen abgebaut werden, die Löhne werden vermindert, die Preise werden erhöht, die Rot in Unendliche vergrößert. Aber Milliarden sind übrig für die Junker.

In der gestrigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages wurde ein Antrag angenommen, der die Aufhebung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung fordert und bedeutet, daß die Versicherungsmittel jenseits von Wochen lang Unterfällungen ohne besondere Prüfung zu bezahlen hat. Die Regierung erklärte sich gegen diesen Antrag, der Regierungsvorsetzter gab dabei erneut bekannt, daß der Plan der Vereinfachung der Arbeitslosenhilfe, alle des Abbau der Unterfällungen, weiter verfolgt wird.

Schluß mit dieser Wirtschaft! Schluß mit diesem System, das für die Arbeitenden nur Hunger und Elend bringt und die Herrschenden bei den Armen repressen Milliarden ausstatter. Fort mit Schleicher!

Kämpft mit der Kommunistischen Partei gegen Hunger und Frost! Her mit diesen Milliarden für die Hungernden und Preiserebheit! Her mit Real, Real, Real! Her mit Arbeit und Freiheit für die Schöpferinnen!

Marxismus in der Gegenwart

SPD-Führer nennen Marx Lehre „reaktionär“

Auf dem Leipziger Parteitag sagte am 2. Juni 1931 (Parteitagprotokoll S. 115) der SPD-Führer Wilhelm Sollmann:

„Es ist gewiß, ein Wort von Karl Marx, daß die Arbeiterklasse nichts zu verlieren habe als ihre Ketten ... Wenn man dieses Wort jetzt den deutschen Proletariats zurecht, dann wird dieses revolutionäre Wort von einst zu einer stockreaktionären Phrase!“

Nun, SPD-Arbeiter, was habt ihr heute zu verlieren außer euren Ketten? War hat recht, Marx oder Sollmann? Nicht Marx Lehre ist reaktionär geworden, sondern die SPD-Führer!

Alein die Kommunisten sind Marxisten!

Rechnung zu tragen, um sie umzubringen in eine „Gemeinschaft“ an das Berliner Volkstheater! Noch deutlicher wurde Breitheid, der laut Bericht des „Vorwärts“ (vom 20. Januar) in der SPD-Funktionärsermittlung im Friedrichshagen erklärte: Schleicher hat die Forderung des Reichstages auf die Sozialdemokratie bei einer Ausschaltung des Reichstages auf die Barrikaden gehen werde. Darauf habe er geantwortet: „Auf die Barrikaden wolle er sich nicht schlagen, die Arbeiterschaft wird mit den „gesetzlichen Mitteln“ vorgehen. Das ist die Sprache der Senkung vom 20. Juli und die Sozialdemokratie ebnet nun einer neuen faschistischen Staatsstreich den Weg, der sie eben kapitalisieren wird erst am 20. Juli.“

Doch die Schleicher, Hitler und Breitheid machen die Rechnung ohne die Arbeiterklasse und die KPD. Die KPD mobilisiert die Arbeitermassen in einseitiger Kampfform gegen die Schleicher-Diktatur und gegen die Proletaraten der Junker und Goebbels.

Ein erster Widerhall sind die Beschlüsse der Berliner Betriebe Kristallite, Kabinett Oberpre, Topograph u. a. Mehrmals täglich demonstrieren jetzt Berliner Arbeiter auf dem Bülowoplak und gefahren, gegen den Faschismus für die lokale und nationale Befreiung zu kämpfen!

Nichts fürchtet das Kapital, kein faschistisches Regime und seine Stützen von Hitler und Straßer bis Weipart und Breitheid so sehr, wie einen Aufmarsch der Betriebe, wo die Arbeiterfronte über ihre schärfste Waffe verfügt, der Streikpistolen und Protestparade. Und je entschlossener das Proletariat vorgeht, desto größer werden die Differenzen innerhalb der Bourgeoisie. Die faschistische Proletariat am Berliner Bülowoplak Front gegen Karl-Liebknecht-Dunst, geht die gesamte Arbeiterfront Deutschlands an. Die Antwort aller Arbeiter im ganzen Reich muß sein: Proletarische Kampfeinheit! - Front gegen Faschismus, Hunger, Besatzung und Kriegstreiber!

Mit Lenin, Karl und Rosa, wir greifen an!

3000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der CCC-Rundgebung der Kommunistischen Partei im großen Saal des „Volksplatz“

19.30 Uhr wurde der große Saal des „Volksplatzes“ polizeilich besetzt. Aber die Sozialisten Protesten ließen sich nicht abweisen. Auf alle nur mögliche Art versuchten die Massen, in den Saal zu gelangen. Und so war, als die Lenin-Rede in der Halle begann, der große Saal des „Volksplatzes“ überfüllt von mehr als dreitausend Menschen.

Kein Tisch war mehr im Saal, kein Gang, kein Stuhlpaß. Viele Hunderte von Besuchern mußten wieder umkehren. Wenige Tage vorher verließ die KPD in Halle im gleichen Saal eine Vorkonferenz der Kommunistischen Partei in Halle begann, der große Saal des „Volksplatzes“ überfüllt von mehr als dreitausend Menschen.

Die Sozialdemokratischen Arbeiter von Halle haben sich gesammelt“ erklärte der Genosse Suhr in seiner großen Rede beim Beginn.

Diese Rede, die im Mittelpunkt der Feier stand, sie war nicht nur eine „Gebührende“, sie war eine Kampfrede, mit der die Besonderen der großen Führer hineingeleitet wurden mitten in die Tageskämpfe, in denen heute die revolutionäre Arbeiterklasse ihre Lehren für den großen Befreiungskampf der Arbeiterklasse anwendet.

Mit dokumentarischen Beispielen zeigte Genosse Suhr auf, wie der „Bormats“ und die Führer der Sozialdemokratie

zum Worte an den Führern des revolutionären Spartakusbundes hielten, weil diese die proletarische Revolution in Deutschland bis zum Siege führen wollten. So erfüllten sie in Deutschland die internationale Rolle der Sozialdemokratie: Wegbräuer der Kontroversionation zu sein.

Es ist durch all die Jahre, die selbst verfallen sind, ihre Rolle geblieben. Einen Teil der Aufgabe, die direkte Niederknüpfung

Prof. Hannes Meyer kommt nach Halle!

Der bekannte Architekt Hannes Meyer, ehemaliger Leiter des Bauhauses in Dessau, gegenwärtig Stadtbaurat der Sowjetunion, spricht am Sonnabend, dem 28. Januar, in einer Veranstaltung des Bundes der Freunde der Kommunisten in Halle. Die Veranstaltung findet im Saal des Zoo, Seebener Straße, statt. Hannes Meyer spricht über das Thema:

„Als Stadtbaurat in der Sowjetunion“

Eintrittsstarten im Vorverkauf sind erhältlich in den Filialen des Arbeiterkonsumvereins zum Preise von 40 und 20 Pf. (An der Abendkasse 50 Pf. und 20 Pf.)

der revolutionären Arbeiterklasse, haben sie an die braunen Lenkungen des Reichstages abgegeben.

Aber es ist nicht mehr der kleine, schmale Spartakusbund, den ihnen heute gegenübersteht und den man in der Revolution von 1918 niederlegen konnte. Seitdem wurde, in unzähligen Kämpfen geführt und gestiftet, die große Kollaboration des revolutionären Proletariats, die Kommunistische Internationale, die Führung des besten und getreuesten Schülers Lenins, des Genossen Stalin. Bedeutende Kampferfolge funktionierten bilden das Rückgrat und die Führung der Kämpfe, die von der Arbeiterklasse geführt werden im Sinne Lenins, Liebmanns und Luxemburgs.

In lebendigen Beispielen zeigte der Genosse Suhr nun die Brennpunkte dieses Kampfes auf. Als er von der freien Rede proklamiert wurde vom Berliner Karl-Liebknecht-Haus sprach, eine Welle der Empörung durch den Saal. Einmal wurde beschloffen, folgendes Telegramm an das Zentralkomitee der KPD zu senden:

„Kampfpartei Berlin.“

Massenversammlung Hallischer Arbeiter, Volkspark, fordert Berliner Arbeiter auf, Karl-Liebknecht-Haus gegen faschistische Provokateure zu verteidigen!

Und ebenso einmütig gelobten die Massen, nicht eher zu ruhen als bis die sozialistische Weltregierung Schamberg an ihre Verbündeten in revolutionären Straßenkämpfen getrocknet ist.

Mit dem begeistert aufgenommenen Appell, sich der Genossen Lenins, Liebmanns und Luxemburgs anzuschließen, schloß Genosse Suhr unter tosendem Beifall seine Ausführungen.

Das Programm, das diese Rede umrahmte, ist bei einer nur einmal recht guten Eingangsleistung an dem 28. Januar ein nicht länger warten, mit werden bis morgen frühern.“ In den Jungfrauen, die Massen hochhaltenden Beschlag gaben der Feier die „Roten Agitatoren“ mit dem Rufe vom roten Aufbau und einer kurzen, aber eindringlichen Rede seiner großen Schwierigkeiten.

Vorbereitungen für den Kampf unter den roten Fahnen des streitbaren Sozialismus, im Geiste von Karl und Rosa unter dem Kommando Lenins! Das war der Sinn in der Gegend dieser geistigen Massenfeier der revolutionären Arbeiter von Halle.

„Kampfpartei Berlin.“

Massenversammlung Hallischer Arbeiter, Volkspark, fordert Berliner Arbeiter auf, Karl-Liebknecht-Haus gegen faschistische Provokateure zu verteidigen!

Und ebenso einmütig gelobten die Massen, nicht eher zu ruhen als bis die sozialistische Weltregierung Schamberg an ihre Verbündeten in revolutionären Straßenkämpfen getrocknet ist.

Mit dem begeistert aufgenommenen Appell, sich der Genossen Lenins, Liebmanns und Luxemburgs anzuschließen, schloß Genosse Suhr unter tosendem Beifall seine Ausführungen.

Das Programm, das diese Rede umrahmte, ist bei einer nur einmal recht guten Eingangsleistung an dem 28. Januar ein nicht länger warten, mit werden bis morgen frühern.“ In den Jungfrauen, die Massen hochhaltenden Beschlag gaben der Feier die „Roten Agitatoren“ mit dem Rufe vom roten Aufbau und einer kurzen, aber eindringlichen Rede seiner großen Schwierigkeiten.

Vorbereitungen für den Kampf unter den roten Fahnen des streitbaren Sozialismus, im Geiste von Karl und Rosa unter dem Kommando Lenins! Das war der Sinn in der Gegend dieser geistigen Massenfeier der revolutionären Arbeiter von Halle.

„Kampfpartei Berlin.“

Massenversammlung Hallischer Arbeiter, Volkspark, fordert Berliner Arbeiter auf, Karl-Liebknecht-Haus gegen faschistische Provokateure zu verteidigen!

Und ebenso einmütig gelobten die Massen, nicht eher zu ruhen als bis die sozialistische Weltregierung Schamberg an ihre Verbündeten in revolutionären Straßenkämpfen getrocknet ist.

Mit dem begeistert aufgenommenen Appell, sich der Genossen Lenins, Liebmanns und Luxemburgs anzuschließen, schloß Genosse Suhr unter tosendem Beifall seine Ausführungen.

Das Programm, das diese Rede umrahmte, ist bei einer nur einmal recht guten Eingangsleistung an dem 28. Januar ein nicht länger warten, mit werden bis morgen frühern.“ In den Jungfrauen, die Massen hochhaltenden Beschlag gaben der Feier die „Roten Agitatoren“ mit dem Rufe vom roten Aufbau und einer kurzen, aber eindringlichen Rede seiner großen Schwierigkeiten.

Vorbereitungen für den Kampf unter den roten Fahnen des streitbaren Sozialismus, im Geiste von Karl und Rosa unter dem Kommando Lenins! Das war der Sinn in der Gegend dieser geistigen Massenfeier der revolutionären Arbeiter von Halle.

„Kampfpartei Berlin.“

Massenversammlung Hallischer Arbeiter, Volkspark, fordert Berliner Arbeiter auf, Karl-Liebknecht-Haus gegen faschistische Provokateure zu verteidigen!

Und ebenso einmütig gelobten die Massen, nicht eher zu ruhen als bis die sozialistische Weltregierung Schamberg an ihre Verbündeten in revolutionären Straßenkämpfen getrocknet ist.

Mit dem begeistert aufgenommenen Appell, sich der Genossen Lenins, Liebmanns und Luxemburgs anzuschließen, schloß Genosse Suhr unter tosendem Beifall seine Ausführungen.

Das Programm, das diese Rede umrahmte, ist bei einer nur einmal recht guten Eingangsleistung an dem 28. Januar ein nicht länger warten, mit werden bis morgen frühern.“ In den Jungfrauen, die Massen hochhaltenden Beschlag gaben der Feier die „Roten Agitatoren“ mit dem Rufe vom roten Aufbau und einer kurzen, aber eindringlichen Rede seiner großen Schwierigkeiten.

Vorbereitungen für den Kampf unter den roten Fahnen des streitbaren Sozialismus, im Geiste von Karl und Rosa unter dem Kommando Lenins! Das war der Sinn in der Gegend dieser geistigen Massenfeier der revolutionären Arbeiter von Halle.

„Kampfpartei Berlin.“

Massenversammlung Hallischer Arbeiter, Volkspark, fordert Berliner Arbeiter auf, Karl-Liebknecht-Haus gegen faschistische Provokateure zu verteidigen!

Protestdemonstration vor der Wehag

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion an der Spitze des Kampfes gegen die Massenmaßnahmen der Wehag-Direktion!

Die Kommunistische Partei hatte gestern zu einer Protestdemonstration gegen die Entlassung von 31 Straßenbahnern durch die Wehag aufgerufen. Trotzdem erst am Dienstag eine große Demonstration gegen den Wüterich stattgefunden hat, wie die geistige Demonstration, als eine äußerst fröhliche Beteiligung auf. Auf dem Höhepunkt hatten sich frühmorgens nach 9 Uhr mehrere tausend Menschen eingefunden, die einer Kundgebung gegen die Massenmaßnahmen der Wehag-Direktion und gegen den schändlichen Verrat der reformistischen Gewerkschaftsleiter beizutreten.

Der Genosse Kießler formulierte in einer kurzen sündenden Ansprache die Entlassungen bei der Straßenbahn als offenkundige politische Maßregelungen.

Die Tatsache, daß unter den Entlassenen fast alle Kandidaten der Einheitsliste befinden, ist der treffendste Beweis dafür. Alle demagogischen Erklärungen der Wehag-Direktion, die von den ganzen hallischen Bürgern diese kommunistische Verleumdung, wie wirgen diese Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen. Die schändliche Waise der Schamberg, Grotz und Konjonten wurde heftig angeprangert und mit kräftigen Pfürufen quittiert.

Dann sprach unter begeisteter Zustimmung der Versammelten ein ebenfalls gemäßigter freigeistlich kommunistischer Kandidat der Straßenbahn. Stürmischer Beifall schloß sich an dieser frohen geworden revolutionärer Straßenbahn ausstie!

„Und wenn sie uns die Arbeit genommen haben, unsere revolutionäre Gesinnung können sie uns nicht nehmen. Wir werden unsere Arbeit fortsetzen, bis alle Arbeiter in der roten Einheitsfront den Schamberg und Konjonten die wohlverdiente Quittung für alles das geben, was sie an revolutionären Arbeiterkraft verbrochen haben.“

Darauf formierte sich ein langer Demonstrationsausgang, der sich durch eine Reihe von Straßen in der Richtung zum Straßenbahndepot am Schloßhof bewegte. Welt über zahlend Arbeiter und Arbeiterinnen marschierten in geschlossenen Kolonnen, um somit ihre enge Verbundenheit mit den

gemäßigten Arbeitern der Wehag zu betonen. An der Spitze des impetösen Demonstrationsausgangs marschierten die 31 entlassenen Straßenbahnern gemeinsam mit mehreren Mitgliedern der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion!

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion nicht nur alle Hebel in Bewegung setzt, um eine außerordentliche Stadterweiterung die Mühsamgung der Maßregelungen zu vermeiden, sondern daß sie auch bei den außerparlamentarischen Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den Verleumdungen der Wehag an der Spitze steht!

Die gemäßigten Straßenbahnern tragen ihre Unkosten u. d. h. d. e. m. Diese Demonstration erregte unter der wertvollen Bevölkerung und den Straßenpassanten großes Aufsehen. Am Schloßhof angelangt, begaben sich die 31 entlassenen Straßenbahnern in das Gebäude der Straßenbahnverwaltung, um ihre Unkosten abzurufen. Hier vor dem Sitz der Straßenbahnverwaltung fanden nochmals einige Redner zu den Massen. Nach Beschluß der Kundgebung vor der Straßenbahnverwaltung in der Reichsminister Straße bewegten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Richtung Dörfeliger Straße und zogen nach dem Rückzug zum Gebäude der Hauptverwaltung der Wehag.

Auf dem letzten Rückzug kam es abermals zu kräftigen Pfürufen und Schreien gegen die Verleumdungen der Wehag-Direktion. Die Arbeiter brachten durch Spandauer ihren Protest und ihre Verachtung gegen den Verrat der Reformisten zum Ausdruck. Immer wieder ertönten die Rufe: „Nieder mit Schamberg und dem reformistischen Verleumdungen!“

Die Polizei, die durch ein hartes Vorgehen vor, verurteilt vergeblich den Rückzug zu täuschen. Die Protestdemonstrationen gipfelten eine längere Zeit an.

Wehag-Direktion und Magistrat weisen Delegation der Arbeiter ab

Während der Kundgebung auf dem Höhepunkt wurde eine Delegation von 15 Arbeitern und entlassenen Straßenbahnern gemäß, die mit der Wehag-Direktion über die Zurücknahme der Maßregelungen verhandeln sollte. Die Delegation begab sich unter Führung der kommunistischen Stadtverordneten Müller, Kießler und Knieke nach dem Verwaltungsgesetz. Hier wurde ihr vom Wehag-Direktor erklärt, daß die Direktion nicht anwesend und nicht zu sprechen sei. Die Delegation ließ sich jedoch nicht abweisen, sondern verlangte energisch, irgendeinen verantwortlichen Vertreter der Wehag-Direktion zu sprechen. Der Vertreter drehte mit einer Klage wegen Hausfriedensbruch. Die Delegation begab sich dann

zum Magistrat der Stadt Halle,

um ihre Verhandlungen anzukündigen. Auch hier wurde die Delegation nicht vorgelassen, sondern alle Türen und Eingänge ideell verschlossen. Da der Magistrat eine Sitzung abhielt, verurteilte kommunistische Stadtverordnete, telefonisch mit ihm Verbindung anzunehmen. Aber auch das gelang nicht. Nachdrücklich wurde dann mitgeteilt, daß Vorkommnisse Bestätigung es ablehnt, mit der Delegation zu verhandeln. Der Genosse Müller erriet dann der SPD-Direktor Schamberg telefonisch an, der sich auf einmal meldete, offenbar, weil er erkannte, daß es sich um einheimische Wehag-Direktionen etwas von ihm windige. Direktoren waren also doch anwesend! Schamberg, Müller, Kießler und Knieke wurden von der Wehag zur Rede gestellt, erlärte, er habe mit dem Betriebsrat der Straßenbahn gerade eine Sitzung gehabt. Also nicht nur die Wehag-Direktion, sondern sogar der reformistische Betriebsrat hatte sich verborgen, um jeder Verhandlung über die Zurücknahme der außerordentlichen Maßregelung unter dem Druck der Protestdemonstrationen aus dem Wege zu gehen.

Die geistige Demonstration hat gezeigt, daß der Wille der hallischen Arbeiterklasse gegen den schändlichen Verrat der Wehag gegen die Kandidaten der Einheitsliste des nächsten Kampfes zu führen, außerordentlich hoch ist. Die Kommunistische Partei und die kommunistische Stadtverordnetenfraktion werden den Kampf für die Wiederentlassung der 31 Wehag-Arbeiter mit aller Kraft weiterführen. Jetzt muß die hallische Arbeiterklasse mit aller Energie die von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion beantragte Einberufung eines außerordentlichen Stadterweiterungsausschusses zu fordern! Arbeiter von Halle, verteidigt den Kampf gegen den Verleumdungen der Wehag! Solidarisiert euch mit den entlassenen und gemäßigten Wehag-Arbeitern!

Große Meile bei den Nazis

Die gestrigen Massenverhandlungen der Nazis waren ein außerordentliches Ereignis. Die braunen Totenkopftruppen waren in Alarmzustand versetzt, um die hitlerzeitliche Kampflinie gegen eventuelle „Kommunistenüberfälle“ zu beschützen. Aber der Vorwand, um die Massenverhandlungen wieder einmal auszuweichen, blieb. In der Saalshörsaal Halle fanden die Massenverhandlungen in einem kleinen Saal Platz. Es sah vor sich, daß die Nazis nicht nur die Massenverhandlungen, sondern auch die Massenverhandlungen in der Reichsminister Straße bewegten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Richtung Dörfeliger Straße und zogen nach dem Rückzug zum Gebäude der Hauptverwaltung der Wehag.

Auf dem letzten Rückzug kam es abermals zu kräftigen Pfürufen und Schreien gegen die Verleumdungen der Wehag-Direktion. Die Arbeiter brachten durch Spandauer ihren Protest und ihre Verachtung gegen den Verrat der Reformisten zum Ausdruck. Immer wieder ertönten die Rufe: „Nieder mit Schamberg und dem reformistischen Verleumdungen!“

Darauf formierte sich ein langer Demonstrationsausgang, der sich durch eine Reihe von Straßen in der Richtung zum Straßenbahndepot am Schloßhof bewegte. Welt über zahlend Arbeiter und Arbeiterinnen marschierten in geschlossenen Kolonnen, um somit ihre enge Verbundenheit mit den

gemäßigten Arbeitern der Wehag zu betonen. An der Spitze des impetösen Demonstrationsausgangs marschierten die 31 entlassenen Straßenbahnern gemeinsam mit mehreren Mitgliedern der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion!

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion nicht nur alle Hebel in Bewegung setzt, um eine außerordentliche Stadterweiterung die Mühsamgung der Maßregelungen zu vermeiden, sondern daß sie auch bei den außerparlamentarischen Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den Verleumdungen der Wehag an der Spitze steht!

Die gemäßigten Straßenbahnern tragen ihre Unkosten u. d. h. d. e. m. Diese Demonstration erregte unter der wertvollen Bevölkerung und den Straßenpassanten großes Aufsehen. Am Schloßhof angelangt, begaben sich die 31 entlassenen Straßenbahnern in das Gebäude der Straßenbahnverwaltung, um ihre Unkosten abzurufen. Hier vor dem Sitz der Straßenbahnverwaltung fanden nochmals einige Redner zu den Massen. Nach Beschluß der Kundgebung vor der Straßenbahnverwaltung in der Reichsminister Straße bewegten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Richtung Dörfeliger Straße und zogen nach dem Rückzug zum Gebäude der Hauptverwaltung der Wehag.

Auf dem letzten Rückzug kam es abermals zu kräftigen Pfürufen und Schreien gegen die Verleumdungen der Wehag-Direktion. Die Arbeiter brachten durch Spandauer ihren Protest und ihre Verachtung gegen den Verrat der Reformisten zum Ausdruck. Immer wieder ertönten die Rufe: „Nieder mit Schamberg und dem reformistischen Verleumdungen!“

Darauf formierte sich ein langer Demonstrationsausgang, der sich durch eine Reihe von Straßen in der Richtung zum Straßenbahndepot am Schloßhof bewegte. Welt über zahlend Arbeiter und Arbeiterinnen marschierten in geschlossenen Kolonnen, um somit ihre enge Verbundenheit mit den

gemäßigten Arbeitern der Wehag zu betonen. An der Spitze des impetösen Demonstrationsausgangs marschierten die 31 entlassenen Straßenbahnern gemeinsam mit mehreren Mitgliedern der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion!

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion nicht nur alle Hebel in Bewegung setzt, um eine außerordentliche Stadterweiterung die Mühsamgung der Maßregelungen zu vermeiden, sondern daß sie auch bei den außerparlamentarischen Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den Verleumdungen der Wehag an der Spitze steht!

Die gemäßigten Straßenbahnern tragen ihre Unkosten u. d. h. d. e. m. Diese Demonstration erregte unter der wertvollen Bevölkerung und den Straßenpassanten großes Aufsehen. Am Schloßhof angelangt, begaben sich die 31 entlassenen Straßenbahnern in das Gebäude der Straßenbahnverwaltung, um ihre Unkosten abzurufen. Hier vor dem Sitz der Straßenbahnverwaltung fanden nochmals einige Redner zu den Massen. Nach Beschluß der Kundgebung vor der Straßenbahnverwaltung in der Reichsminister Straße bewegten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Richtung Dörfeliger Straße und zogen nach dem Rückzug zum Gebäude der Hauptverwaltung der Wehag.

Auf dem letzten Rückzug kam es abermals zu kräftigen Pfürufen und Schreien gegen die Verleumdungen der Wehag-Direktion. Die Arbeiter brachten durch Spandauer ihren Protest und ihre Verachtung gegen den Verrat der Reformisten zum Ausdruck. Immer wieder ertönten die Rufe: „Nieder mit Schamberg und dem reformistischen Verleumdungen!“

Zwei Gummibälle von Wohlwert

(Arbeiterkorrespondent)

Freitag nachmittag Menschenmengen bei Wohlwert. Die so offen und greifbar nahe ausgelegt. Waren reizen zum Kauf. Aber die Protesten haben nicht viel Geld. Ein kleines Mädel steht vor dem Tisch, auf dem eine Unmenge Bälle liegen. So einen Ball haben aber auch zwei, das müßte wirklich eine Freude sein. Die Kleine hat alles andere vergessen. Vergessen ist im Moment der Hunger und die letzte Stufe zu Hause. Sie malt sich aus, wie schön sie mit zwei Bällen spielen könnte. Einmal nur einen Ball in der Hand haben, das würde sie ungeschwer pfifflich machen. Und in einem schnellen Entschluß greift sie zu und verschwindet mit zwei Bällen auf der Straße. Koch will sie es nicht glauben, daß sie Behälter eines für sie so wertvollen Spielzeuges ist.

Aber der Vorfall ist beobachtet worden. Die Aufsicht hat die Aufgabe, auf Diebe aufzupassen. Sie schloß hinter der Kleinen ein Kind her und läßt sagen, sie müßte doch noch einmal herkommen. Sie soll Schokolade gebacken bekommen. Die Kleine, noch ganz von ihrem Wille dreist, folgt dieser Aufforderung gläubig, wie Kinder sind. Aber sie geht nicht enttäuscht werden. Am Boden wird sie von der Aufsicht ergriffen und mit ins Büro geführt. Als erstes nimmt man ihr die Bälle ab, auf die sie sich so gesetzt hatte. Und dann wird sie geschlagen. Sie wehrt sich nicht. Sie kann nicht begreifen, daß man ihr für dieses Glück so brutal verhält. Und sie kann weiter nicht begreifen, warum sie fast Schokolade Brägel erhält.

Aber eines wird ihr klar. Die Kinder der Weichen, sie brauchen nicht zu weichen. Für die tun es ihre Eltern, die aus den Knochen der Arbeiter Profit ziehen. Jetzt hat sie gemerkt, weil sie zu Unrecht mißhandelt wurde. Aber wider wird sie eine Kämpferin für den Sozialismus werden und ihren Kindern eine andere Zukunft bieten!

Aber die Firma Wohlwert muß wohl, nachdem nun schon mehrere Tausende Bälle verkauft sind, ernsthaft nachgedenken. Die Eltern und auch die Käufer dürfen sich das nicht gefallen lassen, daß man hier Kinder foltert. Mit diesen Methoden wird sich die Firma Wohlwert kein Ruhmestitel erwerben, sie wird im Gegenteil die Wirkung ihres Vorgehens zu spüren bekommen.

Leninismus im Kampf gegen den Krieg

Das 12. Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale hat sich zur Verurteilung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Verärgerung der Kriegspartei, der Vorbereitung eines internationalen Krieges gegen die Sowjetunion usw., in dem folgenden Beschlusse geäußert:

„Das Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ist gekommen. Es besteht aber noch keine unmittelbare revolutionäre Situation in den wichtigsten und entscheidenden kapitalistischen Ländern. Im gegenwärtigen Augenblick vollzieht sich gerade der Übergang zu einem neuen Zyklus großer Zusammenstöße zwischen den Klassen und den Staaten, zu einem Zyklus von Revolutionen und Kriegen.“

Die schnelle Verschärfung der Krise zeigt sich in den verheerenden mannigfaltigen Formen. In der Verschärfung der gegenwärtigen Tätigkeit der Imperialisten, in der Vorbereitung eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion, Genosse Lenin sagt in seinem Referat zur Behandlung der Frage, über die Verschärfung der Kriegsfahrt und dem Kampf gegen sie:

„In den gegenwärtigen Beziehungen der imperialistischen Mächte gibt es keine Punkte, die man ohne weiteres feststellen kann: 1. Die Plamensarbeit zwischen Japan und Frankreich, die einen ausgedehnten operativen Charakter trägt. 2. Die Verschärfung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. 3. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Hier liegt ebenfalls eine neue Verschärfung vor. Die Beziehungen zwischen Deutschland und England sind eine gewisse Annäherung festzustellen, ob aber der Gegenstand zwischen Italien und Frankreich sich irgendwie geändert hat, ist unabweisbar zweifelhaft. Zuletzt die weitere Verschärfung des größten imperialistischen Gegensatzes zwischen England und den Vereinigten Staaten.“

Die imperialistischen Armeen rüsten sich. Die Leistungsfähigkeit der Kriegswirtschaft wird gesteigert. Die Abschaffung der imperialistischen Diktatur, die in Deutschland, ist ein Schritt zur Vergrößerung der Kriegsfahrt, eine Maßnahme zur innerpolitischen Unterdrückung der Masse, um die Vorbereitung zur Auslösung von Kriegen zu erreichen.

Die Verhältnisse, die Verschärfung der Beziehungen zwischen den imperialistischen Ländern treiben zum Krieg. Auch in Deutschland wird in die kriegerischen Bedingungen einbezogen. Der Reichsminister General von Schleicher, als Reichsminister die benutzliche in Deutschland, in der er erklärte, daß auf jeden Fall auf Krieg zu werden. Auf der Konferenz der Arbeiter und Soldaten gibt es eine sehr bedeutende Rede für die

Verwirklichung einer neuen Welle von 400 000 Mann. Reichsminister Dr. Brüch hielt vor ein paar Tagen eine Rede in Hamburg in der er dem Kaiser daran erinnerte, daß das Deutsche Reich, das am 18. Jan. in Versailles gezeichnet wurde, aus drei siegreichen Kriegen hervorgegangen ist. Die Nationalsozialisten trommeln den Chauvinismus. In den Arbeiterlagern werden die Arbeiter im militärischen Sinne erzogen. Das Reichsbanner ist ein gewaltiges Kriegesymbol. Man ist dabei, in der Vorbereitung einer neuen Bürgerkriegspolitik die deutsche Jungproletariat als Schlachtopfer auf die Schlachtfelder eines neuen Kampfes hinauszutreiben.

Lenin und unter seiner Führung die Kommunistische Partei der Sowjetunion führen den Kampf gegen den imperialistischen Krieg. In der Internationalen in der im August 1915 herausgegebenen „Sozialismus und Krieg“ die Aufgabe der Arbeiter in einem solchen imperialistischen Krieg wie folgt:

„Die Sozialisten haben den Kampf zwischen den Völkern gemacht, um das ganze Kaubisium aus den Fugen zu ziehen.“

„In diesen Ausführenden ist die Aufgabe der Kommunisten gegen imperialistischen Kriege ganz klar gestellt. Die revolutionäre Arbeiterklasse kann nicht auf der Seite eines „angegriffenen“ imperialistischen Staates das „Vaterland“ verteidigen, weil die Sozialdemokratie von den Arbeitern forderte und weil die Arbeiter als Schlachtopfer dem Imperialismus ausliefern.“

„Der oben von uns schon einmal zitierte Proklama. „Sozialismus und Krieg“ brandmarkt Lenin die Vaterlandsverehrung der Sozialisten und schreibt:

„Was ist der Sozialpatriotismus. Der Sozialpatriotismus ist die Vaterlandsverteidigung der „Sozialisten“ in diesem Sinne. Aus dieser Idee ergibt sich der Reiz auf den Sozialisten während des Krieges (die Bemüßung der Kriegspartei). Die Sozialisten führen eine antipatriotische bürgerliche Politik, denn sie verteidigen in Wirklichkeit nicht das Vaterland gegen die Unterjochung durch die fremden Völker, sondern das Recht der Großmacht auf die Wüsterung der Kolonien und die Unterdrückung der armen Völker. Der Sozialpatriotismus unterliegt die Bourgeoisie in ihrem Betrug des Soldaten, dem einzureden versucht wird, daß der Krieg für die

„Die Arme ist Hauptwech des Staates, ist Selbstwech geworden. Die Völker sind nur noch dazu da, die Soldaten zu liefern.“

„Der Militarismus beherrscht und verdirbt die Interessen der Arbeiter.“

„Der Militarismus trägt auch den Keim seines eigenen Unterganges in sich. Die Kontingenzen der einzelnen Staaten untereinander zwingt sie einseitig, jedes Jahr mehr Geld für die Flotte, Geschütze usw. zu verwenden, also den finanziellen Aufwand mehr und mehr zu beschleunigen; andererseits werden die allgemeinen Dienstpflicht mehr und mehr Ernst und damit das ganze Volk mit dem Waffengebrauch vertraut zu machen, so daß es befähigt, in einem gewissen Moment seinen eigenen Interessen gegenüber der Tummelnderen Militärverwaltung durchzusetzen. Und dieser Moment tritt ein, sobald die Masse der Kolonialvölker und bürgerliche Arbeiter und Bauern — einen

„Griechen, England 1878.“

Verteidigung der Existenz und der Freiheit der Nationen gefährdet würde. Die Sozialpatrioten stellen sich so auf die Seite der Bourgeoisie.“

Der Leninismus entwirft die Vorratspolitik der Sozialdemokratie, er zeigt, daß man während des Krieges nicht auf den Klassenkampf verzichten darf. Er organisierte den revolutionären Massenkampf gegen den Krieg. Die Arbeiterabgeordneten der Reichswahl teilten während des Krieges durch das Land, um die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegen den imperialistischen Krieg zu mobilisieren. Die zaristische Regierung verhaftete bolschewistische Abgeordnete und schickte in der Anklageschrift über die Tätigkeit der Bolschewiki:

„Eine ganz abgelebte Stellung (von der Haltung der Sozialpatrioten. Die Arbeit) nahmen in dieser Beziehung einige Mitglieder der sozialdemokratischen Gemeinschaft ein, die sich

Die Verhinderung jedes ernsthaften Kampfes gegen den Sozialismus liegt in der gleichen Linie. Deutlich und klar zeigt sich diese Haltung der Sozialdemokraten bei dem Aufmarsch der Nazis in Berlin. Das ist eine offensichtliche Hinstellung für die Nazi-Propaganda. Aber die Linie der Sozialdemokratie ist immer dieselbe. So war sie von 1914 bis 1918, so war sie 1923 während des Ruhrkrieges und so vertritt die SPD dieselbe Politik auch heute.

Nationale Kriege gegen den Imperialismus

Nach einem Artikel von Lenin „Über die Lösung der Nationalfrage“.

Die Enttarnung ist das Ideal des Sozialismus. In der sozialistischen Gesellschaft wird es keine Kriege geben, infolgedessen wird die Enttarnung verwirklicht werden. Aber derjenige ist kein Sozialist, der ohne die soziale Revolution und die Diktatur die Verwirklichung des Sozialismus erachtet...

Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhaben, Sozialisten zu sein. Erstens waren die Sozialisten niemals und können niemals Gegner revolutionärer Kriege sein... Die Vermeidung jeder Möglichkeit nationaler Kriege unter dem Imperialismus ist theoretisch unrichtig, historisch offenbar falsch, praktisch gleich sie dem europäischen Chauvinismus; wir, die wir zu den Nationen gehören, die hunderte Millionen Bürger in Europa, Asien um unterdrücken, wir sollen den unterdrückten Völkern erklären, ihr Krieg gegen „unser“ Nationen sei „unmöglich“!

Zweitens, Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkenn, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verhärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revolutionen befehlen das...

Drittens, schließt der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus. Im Gegenteil, er legt solche voraus. Die Enttarnung des Kapitalismus geht nicht ungeschädigt in nachfolgenden Ländern vor sich. Das kann nicht anders sein bei der Warenproduktion, daraus die unvermeidliche Schlußfolgerung; der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muß nicht nur Kriege, sondern auch direktes Streben der Bourgeoisie aus derer Länder erzeugen, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu schmettern. In solchen Fällen wäre ein Krieg untereinander legitim und gerecht. Er wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie... Erst nachdem wir die Bourgeoisie in der ganzen Welt, und nicht nur in einem Lande, niedergeworren, vollständig befreit und eproletiert haben, werden die Kriege unmöglich werden.



Petrograd: Die Soldaten sind zu den revolutionären Arbeitern übergegangen

zum Zweck setzen, die Kriegsmacht Russlands mittels der Agitation gegen den Krieg, der geheimen Flugblätter und der mündlichen Propaganda zu unterminieren.

Man vergesse damit die Haltung der deutschen Sozialdemokraten, die für die Vaterlandsverteidigung eintraten, die mit der Bourgeoisie zusammenarbeiteten und das Arbeitsdienstgesetz mit schufen und die den Arbeitermassen Durchhalten predigten bis zum Weichbluten.

Heute wieder werden die Sozialdemokraten begelert für die Schleicher-Diktatur. Man erinnere sich an die Vorkreden, die Velpart für Schleicher gehalten hat. Man erinnere sich an dessen Rede in Bernau, in der er ausdrücklich darauf hinwies, daß die Sozialdemokraten keine Sozialisten seien — die predigen Sozialismus nur, wenn die Arbeiter kämpfen wollen, daß sie das beweisen haben durch die Vertreibung des Vaterlandes. Solche Reden verfolgen auch heute keinen anderen Zweck, als wieder sozialdemokratische Arbeiter und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Folge eines Krieges in die Kriegesfront zu bringen.



Nach den Julitagen mußte Lenin in die Illegalität gehen. Der Ausweis lautete auf den Namen des Arbeiters Iwanow

„Das Beispiel der Verbrüderung im Schützengraben“

„Bürgerliche Zeitungen aller kriegführenden Länder führten Beispiele von der Verbrüderung der Soldaten der feindlichen Nationen selbst im Schützengraben an. Deutsche behaupten, die Kriegsgeschichten (Deutschland, England), dagegen erlassen hatten, bewiesen, daß die Regierungen und die Bourgeoisie die Bedeutung dieser Erscheinung nicht unterjochten. Wenn heute unter völliger Herrschaft des Opportunismus in den leitenden Kreisen der weit-europäischen sozialdemokratischen Parteien angelehnt der Unter-

stützung des Sozialpatriotismus durch die gesamte sozialdemokratische Presse, durch alle Autoritäten der 2. Internationale solche Fälle von Verbrüderung möglich waren, so beweist es, wie weit man den heutigen verbrüderlichen, realistischen und verlässlichen Krieg verurteilen und eine revolutionäre internationale Bewegung organisieren konnte, hätten auch nur die linkslebenden Sozialisten aller kriegführenden Länder in dieser Richtung systematisch gewirkt.“

Aus Lenin: „Sozialismus und Krieg.“



Die Soldaten an der Front erwarten sofortigen Friedensschluß

Die Leichenbestatter des Herrn v. Borsig

Der „Spitzenreiter der sozialpolitischen Reaktion“, dessen „Lieblinge Gelbe, Nazis und Stahlhelmer waren“ und das Telegramm des ADGB-Bundesamtschiffes

Nichts kennzeichnet die faschistische Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsführer klarer als ein Vorfall, der zu wenig beachtet sich in den letzten Tagen abspielte. Der Vorsitzende der Deutschen Arbeitgeber-Verbände, Ernst v. Borsig, starb am 6. Januar. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, richtete aus diesem Anlaß im Namen des Bundesvorstandes des ADGB an die Organisation der deutschen Scharfmacher und Ausbeuter ein Telegramm, in welchem er „im Namen des Vorstandes des ADGB und zugleich im eigenen Namen seine aufrichtigste Teilnahme ausgesprochen“ hat. Das berichtet das Organ des ADGB, die „Gewerkschaftszeitung“, in ihrer Nummer 2 vom 14. Januar 1935. Sagt es allen freigezwergschaftlichen Mitgliedern, wer der Mann war, dem Theodor Leipart, der Verehrer des Generals Schliecher, erneut seine tiefe Verehrung ausgedrückt hat. Darüber berichtet das Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die „Metallarbeiter-Zeitung“, in ihrer Nummer 3 vom 21. Januar 1935. In einem Artikel der sich mit Borsig beschäftigt heißt es wörtlich:

„Nach dem Kriege ging es mit diesem goldigen Segen zur Neige. Jetzt hätte die Wirkung die große Probe ihres Könnens und Weiblichs ablegen, Insonderheit hätte der Chef die „hohen Löhne“, gegen die Sozialversicherung, gegen die Gewerkschaften, kurz gegen alles, was sich die Arbeiter mühselig errungen haben... Unter dem Metallindustriellen Borsig war in der Arbeitgeberzentrale... eine Wirtschaftsführergarnitur belassen... deren brillante Genialität nichts Vernünftigeres zu tun wußte, als nach den spärlichen Lohngrößen und Sozialrechten des quälenden Proletariats zu greifen... Heute glaubt ihnen niemand mehr, nur die Leichenbestatter glauben noch an sie.“

Mitarbeiter... Der Chef selbst bemühte sich, von der Tribüne der Arbeitgeberverbände aus klarzumachen, was Gelstes Kind er war. Ergelbte gegen die Tarifpolitik, gegen die „hohen Löhne“, gegen die Sozialversicherung, gegen die Gewerkschaften, kurz gegen alles, was sich die Arbeiter mühselig errungen haben... Unter dem Metallindustriellen Borsig war in der Arbeitgeberzentrale... eine Wirtschaftsführergarnitur belassen... deren brillante Genialität nichts Vernünftigeres zu tun wußte, als nach den spärlichen Lohngrößen und Sozialrechten des quälenden Proletariats zu greifen... Heute glaubt ihnen niemand mehr, nur die Leichenbestatter glauben noch an sie.“

„arbeiter-Zeitung“ heuchlerisch aber richtig gekennzeichnet wurden. Gewerkschaftsmitglieder! In jeder Gewerkschaftsversammlung, in jedem Betrieb nehmt dazu Stellung. Sagt den Kollegen, daß sie lebenden Kluges vor diesen Gewerkschaftsführern an den Faschismus verkauft werden sollen. Macht bei der Gewerkschaftswahl den Schluß mit allen, die diesen Leipart-Borsig-Schleicher-Front halten und unterstützen wollen. Kampfwille oppositionelle Kollegen in die wählbaren Positionen! Steht die Einheitsfront in der Arbeiterklasse her gegen Lohnraub, Faschismus und die Borsig-Fronten!

Gesellschaftsmitglieder der ADGB-Verbände, in dem Beileidstelegramm Leiparts sein Wort! Jetzt müßt ihr aus der größten deutschen Gewerkschaftsleitung, wem er der Feind des ADGB, an der Spitze der Herr Theodor Leipart, aufrichtigste Teilnahme ausgedrückt hat. Dieser Bundesamtschiff gehört also zu den „Leichenbestattern“ der Leute, deren „Lieblinge Nazis und Stahlhelmer“ sind, die die „Schlimmen Feinde der Gewerkschaften“, der Sozialreformer und der Tarifpolitiker, der Leute, die die „Metallarbeiter-Zeitung“ als die

„sozialreaktionären Menschen“ bezeichnet, die es in Deutschland gibt. Der Generations und sozialreaktionären Unternehmern verweigern sich eure Gewerkschaftsführer bis auf die Schupfen, ihnen Leben ist noch im Tode die Gesteif. Über ehrliche, revolutionäre Arbeiter werden zu Tausenden aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, die Organisationen der Arbeiterfront zum Streikbruch, für den Schluß jeder Wirtschaftsjahr eingeleitet, wie sie von der „Metall-

arbeiter-Zeitung“ heuchlerisch aber richtig gekennzeichnet wurden. Gewerkschaftsmitglieder! In jeder Gewerkschaftsversammlung, in jedem Betrieb nehmt dazu Stellung. Sagt den Kollegen, daß sie lebenden Kluges vor diesen Gewerkschaftsführern an den Faschismus verkauft werden sollen. Macht bei der Gewerkschaftswahl den Schluß mit allen, die diesen Leipart-Borsig-Schleicher-Front halten und unterstützen wollen. Kampfwille oppositionelle Kollegen in die wählbaren Positionen! Steht die Einheitsfront in der Arbeiterklasse her gegen Lohnraub, Faschismus und die Borsig-Fronten!

Zimmerer vor die Front!

Der Zentralvorstand des ZfJ hat den 26. Ordentlichen Jahreskongress ausgeschrieben. Der Termin wird bis zu entscheiden. Es ist allen Kameraden klar, daß diesen die große Bedeutung beizumessen ist, weil mit dem Kapitulanten des Zentralvorstandes vor dem immer neuen Ansehen der Unternehmern auf die Löhne endlich Schluß gemacht sein muß.

Der Kongress sind bereits die ersten Wahlen getätigt. Die Wahlabteilung 74 gehören die Zahlstellen Wertheim, Querfurt, Schöneberg und Weiskens. Als Kandidat der

Die KGD marschiert!

Achtung! Termine beachten! Achtung!
Wir machen auf folgende Unterbezirkskonferenzen aufmerksam:
Krausbad, den 21. Januar, 20 Uhr, Jeltz, Herberge (Kaf.-Saal).
Krausbad, den 22. Januar, 10.30 Uhr, Wildschütz bei Weiskens (Saal).
Krausbad, den 22. Januar, 10.30 Uhr, Wansleben, Bahnhofs (Saal).

Die Wahlabteilung 74 gehören die Zahlstellen Wertheim, Querfurt, Schöneberg und Weiskens. Als Kandidat der

Die Wahlabteilung 78, in der die Zahlstellen Krausbad, Jeltz, Herberge, Weiskens und Jeltz gehören, kandidiert für die Opposition der Kamerad Walter Meier (Krausbad), der in der Generalversammlung des Bezirkes in Krausbad gewählt wurde.

Die Wahlabteilung 79, in der die Zahlstellen Wertheim, Eilenburg, Weiskens, Delitzsch, Torgau und Weiskens gehören, ist von der Opposition der Kamerad Karl Leisner (Eilenburg) aufgestellt, der in Eilenburg die große Mehrheit aller Stimmen erhielt.

Die Wahlabteilung 80, in der die Zahlstellen Wertheim, Eilenburg, Weiskens, Delitzsch, Torgau und Weiskens gehören, ist von der Opposition der Kamerad Karl Leisner (Eilenburg) aufgestellt, der in Eilenburg die große Mehrheit aller Stimmen erhielt.

Die Wahlabteilung 81, in der die Zahlstellen Wertheim, Eilenburg, Weiskens, Delitzsch, Torgau und Weiskens gehören, ist von der Opposition der Kamerad Karl Leisner (Eilenburg) aufgestellt, der in Eilenburg die große Mehrheit aller Stimmen erhielt.

Die Wahlabteilung 82, in der die Zahlstellen Wertheim, Eilenburg, Weiskens, Delitzsch, Torgau und Weiskens gehören, ist von der Opposition der Kamerad Karl Leisner (Eilenburg) aufgestellt, der in Eilenburg die große Mehrheit aller Stimmen erhielt.

Die Wahlabteilung 83, in der die Zahlstellen Wertheim, Eilenburg, Weiskens, Delitzsch, Torgau und Weiskens gehören, ist von der Opposition der Kamerad Karl Leisner (Eilenburg) aufgestellt, der in Eilenburg die große Mehrheit aller Stimmen erhielt.

Die Wahlabteilung 84, in der die Zahlstellen Wertheim, Eilenburg, Weiskens, Delitzsch, Torgau und Weiskens gehören, ist von der Opposition der Kamerad Karl Leisner (Eilenburg) aufgestellt, der in Eilenburg die große Mehrheit aller Stimmen erhielt.

Eisenbahner Deutschlands!

Vor einem Großangriff der faschistischen Reichsbahnverwaltung und der Schleicher-Regierung gegen die revolutionäre Einheitsfront der Eisenbahner — Eisenbahner-Konferenz in Düsseldorf von der Polizei ausgehoben!

Am 15. Januar fand in Düsseldorf eine Delegiertenkonferenz von Eisenbahnern statt aus den Dienststellen Köln, Trier, Oberelb und Offen. Die von etwa 200 in den Dienststellen gewählten Delegierten besetzte Konferenz, deren Teilnehmer zu etwa 70 Prozent freigezwergschaftlich oder heimlich organisiert waren, beschloß sich mit der Lage und den Kampfmaßnahmen der Eisenbahner.

Die Maßnahmen und im letzten Jahr, die ungeheure Verschärfung der Arbeitszeit und der dadurch bedingte Lohnraub, die Kürzung der Renten der Arbeiter-Pensionisten, die weiteren Verschärfungen sozialer Natur und neue angedrohte Angriffe der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft waren die Fragen, mit denen sich die Konferenz beschäftigte.

Nach einer halbtägigen Dauer der Tagung führten Hunderte bis an die Zähne bewaffneter Polizeibeamte in den Saal und sprengten die Konferenz.

Sämtliches Material wurde beschlagnahmt, 30 Delegierte festgenommen, darunter auch eine Reihe ausländischer Delegierter. Vorhergehende begründete die Polizei damit, daß Verdacht bestehe, daß sich die Konferenz mit der Vorbereitung zum Hochverrat beschäftigte würde.

Der Arbeitersauschuss, der diese Konferenz organisierte, nahm nach seiner Freilassung zur Lage Stellung und richtete an alle Eisenbahner einen Appell mit der Forderung, in allen Dienststellen eine breite Kampftampagne gegen diese faschistischen Methoden zu entfalten.

An dem Appell wird zunächst das Augenmerk aller Eisenbahner auf gleichzeitige Erhebungen in internationalen Wahlabschlüssen. Vorhergehende begründete die Reichsbahnverwaltung, daß 100 Betriebsauschussmitglieder, die der KGD angehörten,

entlassen mit der Begründung, daß sie einer faschistischen Organisation angehören. In den faschistischen Verordnungen ist in Polen und der Tschechoslowakei sind die Eisenbahner allgemein unter Ausnahmestellung gestellt. Auch im „demokratischen“ Lande Europas, in der Schweiz, hat ein am 1. Januar in Kraft getretenes Ausnahmestellung der Eisenbahner das Koalitionsrecht genommen. In Deutschland wurden im letzten Jahre allein rund 150 neue Betriebsräte infolge von der Eisenbahnverwaltung entlassen.

Der Appell erinnert daran, daß von der Gewerkschaftsfront, von den Schleichern, Starups, Grohmann und Korforsen nichts zu erwarten ist. Sie unterstützen alle Verschärfungen und sorgen für deren Durchführung. Sie sind es, die selbst dafür Sorge tragen, daß die kampfbereiten Eisenbahner aus den Betrieben entfernt und aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. Der Appell schließt mit den Worten:

„Schließt darum in den Dienststellen und in den Gewerkschaften über die Köpfe der mit der Eisenbahnverwaltung verbundenen Gewerkschaftsfront die Einheitsfront als Voraussetzung für den sieghaften Kampf aller Eisenbahner. Bei den Ortsversammlungen wählen in den Gewerkschaften diejenige Wahlbare Position mit zum Kampf gegen die Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung bereiten Kollegen. Führt die Betriebsräte wählen im Zeichen der Schaffung der Einheitsfront der Eisenbahner durch.“

Es lebe der Kampf! Es lebe der Sieg der Eisenbahner!

Lebensgefahr auf Grube „Siegfried“

(Arbeiterkorrespondenz)

Auf der Grube „Siegfried“ bei Taubchen herrschen unter Führung des reformistischen Betriebsrates Zustände, die unmöglich zu leiden können. Nur wenige Sungen sind die Kampfsitzung ihr Leben aufs Spiel, es ist überhaupt ihre Arbeitsstelle erreicht haben.

Bei der Kettenbahnbedienung ist die Beleuchtung unter aller Kanone. Reparaturen an den Funken werden nicht vorgenommen. Der Abschnitt 7 der Bergpolizeiverordnung schreibt vor helle Beleuchtung vor, aber was kümmert das die Braunkohlenwerke und ihre reformistischen Schuldmanne? Was kümmert sie auch der § 110 Abs. 1 der Bergpolizeiverordnung. Die Arbeitslagen unter Tage auf der Grube „Siegfried“ sind in einem Zustande, der jeder Verleumdung spottet. Die Ventilatoren, auf der jetzt nur faszig wieder ein Feld zu Bruch gegangen ist, nur unter Lebensgefahr zu passieren. Die Förderer sind eingeleitet und so ist die Grube in den letzten Jahren der § 110 Abs. 1 der Bergpolizeiverordnung schreibt vor Sicherheit vor, aber auf „Siegfried“ kümmert sich niemand darum. Auf der Bergabteilung III der Grube ist hiemit, daß die Kampfsitzung beim Abfahren der Wagen von den von der Reite erlösten Wagen mit festgeschloßen werden. Die Wasserförderung ist ganz veraltet. Keine Ventilatoren sind da. Die Wasserförderung spottet jeder Verleumdung.

Natürlich wissen wir Kampfsitzung genau, weil wir nur in einheitsfrontiger Front, mit kampfbereiten Betriebsräten an der Spitze, für

unser betrieblichen Forderungen kämpfen können. Die freisprechenden Normen werden die Verteilung immer bedeuten. Wir verlangen: 1. Sollen die Grubenarbeiter bei der Kettenbahnbedienung, 2. Auffüllung von Schöpfen in den Schächtern; 3. Streuen von Schmelzblei bei nächtlichem Bergbau; 4. Einbau härterer Ventilatoren; 5. sofortigen Ausbau der Luftstöße; 6. Wasserförderung in verschlossenen Behältern und Tramböden; 7. laubere und in gutem Zustand zu haltende Abortanlagen.

Achtung! Termine beachten! Holzarbeiter! Ortsverwaltungenwahlen!

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Halle. Generalversammlung, Sonntag, den 22. Januar, 9 1/2 Uhr vormittags, im „Vollspart“.

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Eilenburg. Generalversammlung, Sonntag, den 22. Januar, 9 Uhr vormittags, im „Vollspart“.

Kein oppositioneller Kollege darf die Versammlungen verweigern. Verbotsbehörden in Ordnung bringen. Adressen mit der Tarnort-Adresse.

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

